

Bericht

über die **Prüfung des Gesamtabchlusses**
der Stadt Dortmund zum 31. Dezember 2012
durch das Rechnungsprüfungsamt und
den Rechnungsprüfungsausschuss
der Stadt Dortmund





Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort.....	1
2	Prüfungsauftrag	2
3	Grundsätzliche Feststellungen zur Gesamtlagebeurteilung	4
4	Durchführung der Prüfung	5
	4.1 Gegenstand der Prüfung.....	5
	4.2 Art und Umfang der Prüfungsdurchführung	5
5	Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung des Gesamtabchlusses.....	9
	5.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung.....	9
	5.2 Konsolidierungskreis und Stichtag des Gesamtabchlusses	11
	5.2.1 Konsolidierungskreis.....	11
	5.2.2 Stichtag des Gesamtabchlusses	12
	5.3 Konsolidierungsmethoden	13
	5.4 Ordnungsmäßigkeit der in den Gesamtabchluss einbezogenen Abschlüsse.....	14
	5.5 Ordnungsmäßigkeit des Gesamtabchlusses.....	15
	5.6 Gesamtlagebericht	16
	5.7 Beteiligungsbericht	17
	5.8 Analyse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage	18
6	Bestätigungsvermerk.....	22



Anlagenverzeichnis

Anlage

Gesamtergebnisrechnung 2012	1
Gesamtbilanz zum 31. Dezember 2012	2
Gesamtanhang zum 31. Dezember 2012 einschließlich Anlagen.....	3
(Anlagen zum Gesamtanhang: Gesamtanlagenspiegel, Gesamtrückstellungsspiegel, Gesamtverbindlichkeitspiegel)	
Gesamtlagebericht 2012	4



Abkürzungsverzeichnis

DV	Datenverarbeitung
GemHVO NRW	Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen
ggf.	gegebenenfalls
GO NRW	Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen
GoB	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
GoK	Grundsätze ordnungsmäßiger Konzernrechnungslegung
HGB	Handelsgesetzbuch
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
lt.	laut
MIK	Ministerium für Inneres und Kommunales
NKF	Neues Kommunales Finanzmanagement
NKFG	Gesetz über ein NKF in Nordrhein-Westfalen
NKFWG	Erstes Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände
NRW	Nordrhein-Westfalen
PS	Prüfungsstandard
vgl.	vergleiche





1 Vorwort

Mit diesem Bericht wird die 3. Prüfung eines nach den Regelungen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) aufgestellten Gesamtabchlusses der Stadt Dortmund abgeschlossen.

Die Aufstellung des Gesamtabchlusses, der aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang besteht, hat unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung zu erfolgen. Dem Gesamtabschluss sind ein Gesamtlagebericht und ein Beteiligungsbericht beizufügen.

Zu dem Gesamtabschluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss nach § 95 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren. In den Gesamtabschluss müssen die verselbständigten Aufgabenbereiche nicht einbezogen werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind.

Der zum 31. Dezember 2012 aufgestellte Gesamtabschluss wurde dem Rat der Stadt Dortmund zugeleitet und vom Rechnungsprüfungsamt für den Rechnungsprüfungsausschuss geprüft.



2 Prüfungsauftrag

Die Prüfung des Gesamtabchlusses der Stadt Dortmund obliegt dem Rechnungsprüfungsausschuss (§ 59 Abs. 3 i. V. m. § 116 Abs. 6 GO NRW). Zur Durchführung der Prüfung bedient sich der Rechnungsprüfungsausschuss der örtlichen Rechnungsprüfung, zu deren Aufgabenbereich die Prüfung des Gesamtabchlusses nach § 103 Abs. 1 Nr. 3 GO NRW gehört.

Die Prüfung erfolgt unter Beachtung der GO NRW, der Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW), der Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (HGB) zur Konzernrechnungslegung sowie der örtlichen Regelungen. Dabei legt die GemHVO NRW fest, dass das HGB in der Fassung vom 10. Mai 1897, zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Mai 2009, anzuwenden ist.

Der Rat der Stadt Dortmund hat am 15. November 2012 den Beschluss gefasst, die Regelungen des 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes (NKFWG), dessen Einführung der Landtag NRW im September 2012 beschlossen hat, bereits im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 anzuwenden. Das NKFWG gilt grundsätzlich auch für den städtischen Gesamtabschluss.

Zur Prüfung wurden auch die Handlungsempfehlungen des nordrhein-westfälischen Modellprojektes zur Aufstellung eines NKF-Gesamtabchlusses (Praxisleitfaden des MIK NRW, 4. Auflage, September 2009) sowie die Handreichung für Kommunen des MIK NRW zur Anwendung des NKF (5. Auflage, Oktober 2012) herangezogen.

Über das Ergebnis der Prüfung berichtet dieser Prüfungsbericht.

Der Bericht ist in Anlehnung an die Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer (vgl. IDW PS 450) erstellt.

Sofern sich Besonderheiten aus den Anforderungen des NKF und der Öffentlichkeit an den Prüfungsbericht ergeben, sind Inhalt und Gliederung entsprechend angepasst.

Der Gesamtabschluss wurde im Entwurf gemäß § 116 Abs. 5 i. V. m. 95 Abs. 3 GO NRW am 6. September 2013 von Herrn Stadtkämmerer Stüdemann aufgestellt, am 17. September 2013 vom Herrn Oberbürgermeister Sierau bestätigt und dem Rat der Stadt Dortmund zu seiner Sitzung am 26. September 2013 zugeleitet. Der Rat der Stadt Dortmund hat in seiner o. g. Sitzung den Entwurf zur Kenntnis genommen und zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weitergeleitet (vgl. Drucksache Nr. 10605-13).



Gemäß § 116 Abs. 6 i. V. m. § 101 Abs. 2 GO NRW ist dem Oberbürgermeister vor
Abgabe des Prüfungsberichtes durch den Rechnungsprüfungsausschuss an den Rat der
Stadt Dortmund Gelegenheit zur Stellungnahme zum Prüfungsergebnis zu geben.



3 Grundsätzliche Feststellungen zur Gesamtlagebeurteilung

Der Gesamtabschluss ist durch einen Gesamtlagebericht zu ergänzen (§ 116 Abs. 1 GO NRW). Gemäß § 51 GemHVO NRW ist durch den Gesamtlagebericht das durch den Gesamtabschluss zu vermittelnde Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde einschließlich der verselbständigten Aufgabenbereiche zu erläutern. Dazu sind in einem Überblick der Geschäftsablauf mit den wichtigsten Ergebnissen des Gesamtabchlusses und die Gesamtlage in ihren tatsächlichen Verhältnissen darzustellen. Außerdem hat der Gesamtlagebericht eine ausgewogene und umfassende, den Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft der Gemeinde unter Einbeziehung der verselbständigten Aufgabenbereiche und der Gesamtlage der Gemeinde zu enthalten. Dabei ist auch auf die Chancen und Risiken für die künftige Gesamtentwicklung der Gemeinde einzugehen.

Im Gesamtabschluss und im Gesamtlagebericht sind nach Auffassung der Rechnungsprüfung wesentliche Aussagen zur wirtschaftlichen Lage, zur Haushaltswirtschaft, zu Vorgängen von besonderer Bedeutung sowie zu den Chancen und Risiken der Stadt Dortmund getroffen worden.

Der Gesamtlagebericht entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Er ist plausibel und nachvollziehbar und steht mit den bei der Prüfung des Gesamtabchlusses gewonnenen Erkenntnissen im Einklang. Die Beurteilung der Gesamtlage vermittelt insgesamt - zum Zeitpunkt der Erstellung des Gesamtlageberichtes - ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Dortmund einschließlich der einbezogenen verselbständigten Aufgabenbereiche. Die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung sind zutreffend dargestellt. Die Gesamtlagebeurteilung durch den Oberbürgermeister ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.

Auf eine Angabe am Schluss des Gesamtlageberichtes gemäß § 95 Absatz 2 GO NRW (Verwaltungsvorstand und Ratsmitglieder, Angaben zu Name, Beruf, Mitgliedschaften in Aufsichtsräten etc.) wurde zur Vermeidung von Doppelnennung und mit Verweis auf den Einzelabschluss der Stadt Dortmund (Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012) verzichtet. Eine Prüfung dieser Angaben ist entsprechend nicht erfolgt.



4 Durchführung der Prüfung

4.1 Gegenstand der Prüfung

Gegenstand der Prüfung sind der Gesamtabchluss der Stadt Dortmund einschließlich Gesamtanhang und der Gesamtlagebericht (§ 116 Abs. 6 GO NRW).

Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten pflichtgemäßen Prüfung ein Urteil über den Gesamtabchluss abzugeben. Dazu wurde der am 26. September 2013 in den Rat eingebrachte Entwurf des Gesamtabchlusses zum 31. Dezember 2012 geprüft.

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages ist die Einhaltung der maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften, der sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Vorschriften geprüft worden.

Die Abgabe von Vollständigkeitserklärungen gemäß dem IDW Standard wurde hinsichtlich des Gesamtabchlusses zum 31. Dezember 2012 nicht verlangt. Herr Oberbürgermeister Sierau bzw. die für die Erstellung des Gesamtabchlusses verantwortlichen Mitarbeiter/-innen der Stadtkämmerei haben die erbetenen Unterlagen, Aufklärungen und Nachweise erbracht.

4.2 Art und Umfang der Prüfungsdurchführung

Die Prüfung ist gemäß § 103 GO NRW und § 116 Abs. 6 GO NRW i. V. m. § 101 Abs. 2 bis 8 GO NRW sowie in Anlehnung an die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen worden.

Diese Grundsätze erfordern es, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob der Gesamtabchluss frei von wesentlichen Fehlaussagen ist. Denn Ziel der Prüfung ist gemäß § 116 Abs. 6 GO NRW die Feststellung, ob der Gesamtabchluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde vermittelt.

Auf der Grundlage des vom IDW entwickelten risikoorientierten Prüfungsansatzes ist eine an den Risiken der Stadt Dortmund ausgerichtete Prüfungsplanung vorgenommen worden. Diese Prüfungsplanung beruht auf den ersten analytischen Prüfungshandlungen sowie einer grundsätzlichen Einschätzung des rechnungslegungsbezogenen internen



Kontrollsystems. Das darauf aufbauende prüffeldbezogene Prüfungsprogramm bestimmt auf der Grundlage der festgestellten Risikofaktoren die Prüfungsschwerpunkte.

Die Prüfung wurde so angelegt, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Gesamtabchluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Gesamtlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Die Prüfung umfasst insbesondere die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der in den Gesamtabchluss einbezogenen Jahresabschlüsse und Überleitungsrechnungen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Oberbürgermeisters sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichtes.

Die einzelnen Jahresabschlüsse der in den Gesamtabchluss einbezogenen verselbständigten Aufgabenbereiche wurden gemäß § 116 Abs. 7 GO NRW nicht durch das Rechnungsprüfungsamt geprüft, da die Prüfung bereits nach gesetzlichen Vorschriften durch die Abschlussprüfer erfolgt ist. Ebenso wurden die Überleitungsrechnungen der einbezogenen verselbständigten Aufgabenbereiche, die einer prüferischen Durchsicht durch die jeweiligen Abschlussprüfer unterzogen wurden, nicht geprüft. Für diese Abschlüsse kann festgestellt werden, dass sie vollständig sind und eine geeignete Konsolidierungsgrundlage darstellen.

Im Rahmen der Prüfung wurden die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sowie Nachweise über die Angaben im Gesamtabchluss und Gesamtlagebericht überwiegend auf Basis von Stichproben beurteilt. Die Auswahl der Stichproben beruhte - im Gegensatz zu mathematisch statistischen Verfahren - auf einem Verfahren mit bewusster Auswahl.

Der zeitliche Ablauf der Prüfung bestimmte sich durch die sachliche Prüfungsbereitschaft der Verwaltung (Stadtkämmerei) sowie die zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen innerhalb des Rechnungsprüfungsamtes.

Mit der Prüfung des Gesamtabchlusses wurde bereits während der laufenden Prozesse begonnen. Die Prüfungshandlungen wurden im Dezember 2013 abgeschlossen. Im Rahmen der Prüfung des Gesamtabchlusses wurden Prüfungshandlungen insbesondere mit folgenden Schwerpunkten durchgeführt:



- Festlegung und Abgrenzung des Konsolidierungskreises,
- Ordnungsmäßigkeit der in den Gesamtabschluss einbezogenen Jahresabschlüsse,
- Ermittlung des Summenabschlusses (einschließlich der Überleitungsrechnungen und Anpassungen an die Bewertungsmethoden aus Sicht des Gesamtabchlusses (zutreffende Anwendung von Wahlrechten, Ansatzgeboten und -verbieten sowie Vereinfachungen, Gesamtabschluss-Richtlinie)),
- Ordnungsmäßigkeit der Übernahmewerte aus den Meldedateien der einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereiche,
- durchgeführte Konsolidierungsmaßnahmen (Kapitalkonsolidierung, Schuldenkonsolidierung, Aufwands- und Ertragskonsolidierung),
- Ermittlung der Anteile fremder Gesellschafter,
- Darstellung der Gesamtbilanz und Gesamtergebnisrechnung und
- Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Angaben im Gesamtanhang einschließlich der Gesamtkapitalflussrechnung sowie der beigefügten Übersichten (Gesamtanlagenspiegel, Gesamtrückstellungsspiegel, Gesamtverbindlichkeitspiegel).

Der vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Gesamtabschluss ist gemäß § 116 i. V. m. § 96 GO NRW bis zum 31. Dezember des auf den Abschlussstichtag folgenden Jahres vom Rat der Stadt durch Beschluss zu bestätigen. Die Einbringung des Entwurfes des Gesamtabchlusses 2012 erfolgte zur Sitzung des Rates am 26. September 2013.

Verschiedene Prüfungshandlungen können erst nach Vorlage des Gesamtabchlusses durchgeführt werden. Da zudem eine angemessene Zeitspanne zur Stellungnahme für die Stadtkämmerei und den Oberbürgermeister sowie die Terminsetzung der städtischen Gremien zu berücksichtigen sind, kommt es hinsichtlich der Beschlussfassung über den Gesamtabchluss zum 31. Dezember 2012 gegenüber der gesetzlichen Vorgabe zu einer zeitlichen Verzögerung, die aufgrund der kurzen Fristsetzung unvermeidbar war.

Ausgangspunkt der Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Gesamtabschluss zum 31. Dezember 2011 sowie der Gesamtlagebericht für das Haushaltsjahr 2011 der Stadt Dortmund. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 18. April 2013 dem Rat empfohlen, den Gesamtabschluss 2011 zu bestätigen und den Oberbürgermeister diesbezüglich zu entlasten. Die Bestätigung ist in der Ratssitzung am 13. Juni 2013 erfolgt (Drucksache Nr. 09787-13).



Gemäß § 116 Abs. 1 i. V. m. § 96 Abs. 2 GO NRW ist der geprüfte und vom Rat der Stadt Dortmund bestätigte Gesamtabschluss der Aufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen, öffentlich bekannt zu machen und danach bis zur Bestätigung des folgenden Gesamtabchlusses zur Einsichtnahme verfügbar zu halten.

Der vom Rat bestätigte Gesamtabchluss zum 31. Dezember 2011 einschließlich der Anlagen wurde von der Stadtkämmerei am 27. Juni 2013 der Bezirksregierung Arnsberg angezeigt und nach Abschluss des Verfahrens in den Dortmunder Bekanntmachungen am 9. August 2013 veröffentlicht.



5 Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung des Gesamtabchlusses

5.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

Auf den Gesamtabschluss sind gemäß § 49 GemHVO NRW, soweit seine Eigenart keine Abweichungen bedingt oder nichts anderes bestimmt ist, die §§ 32 bis 38, 41 bis 43 und 47 GemHVO NRW, die Regelungen zum städtischen Einzelabschluss (Jahresabschluss) enthalten, entsprechend anzuwenden.

Die Art der Einbeziehung der einzelnen verselbständigten Aufgabenbereiche in den Gesamtabchluss richtet sich nach § 50 GemHVO NRW. Hierbei bezieht sich die GemHVO NRW auf die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches zur Konzernrechnungslegung. Die GemHVO NRW stellt klar, dass das HGB in der Fassung vom 10. Mai 1897, zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Mai 2009, anzuwenden ist.

In Anlehnung an das Handelsrecht macht auch das NKF die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) zur Grundlage des städtischen Jahresabschlusses und aufgrund des Verweises auch zur Grundlage des Gesamtabchlusses. Zu den wesentlichen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung gehören die Grundsätze der Klarheit, Richtigkeit, Vollständigkeit, Übersichtlichkeit und Nachvollziehbarkeit. Die Buchführung ist nur dann ordnungsgemäß, wenn ein sachverständiger Dritter sich innerhalb einer angemessenen Zeit einen Überblick über die Vorgehensweise und über die Ergebnisse verschaffen kann. Die GoB werden ergänzt durch die Grundsätze ordnungsmäßiger Konzernrechnungslegung (GoK), die sich an den Schritten bei der Erstellung des Gesamtabchlusses orientieren. Zu beachtende GoK sind insbesondere:

- Grundsatz der Einheitlichkeit der Stichtage
(in Anlehnung an § 299 Abs. 2 S. 2 HGB)
- Grundsatz der Einheitlichkeit des Ausweises
(§ 49 Abs. 3 i. V. m. § 41 Abs. 3, 4 und § 38 Abs. 1 S. 3 GemHVO NRW)
- Grundsatz der Einheitlichkeit des Ansatzes
(§ 50 Abs. 1 GemHVO NRW i. V. m. § 300 Abs. 2 HGB)
- Grundsatz der Einheitlichkeit der Bewertung
(§ 50 Abs. 1 GemHVO NRW i. V. m. § 308 Abs. 1 S. 1 HGB)
- Grundsatz der Einheitlichkeit der Währung
(d. h. Wertansatz in Euro in Anlehnung an § 298 i. V. m. § 244 HGB)



Diese Grundsätze werden durch die Grundsätze der Wesentlichkeit (§§ 296 Abs. 2 HGB, 303 Abs. 2 HGB) und Wirtschaftlichkeit (§§ 291 Abs. 1, 293 HGB) eingeschränkt.

Grundlage für die Rechnungslegung des Gesamtabchlusses ist ein von der Stadtkämmerei erarbeiteter Leitfaden für die Erstellung des Gesamtabchlusses der Stadt Dortmund (Gesamtabschluss-Richtlinie, Stand: Februar 2013), der entsprechend der Regelungen der GemHVO NRW grundsätzliche Vorgaben, z. B. hinsichtlich der Gliederung der Gesamtbilanz und Gesamtergebnisrechnung, der örtlichen Nutzungsdauern, des Positionenrahmens/-plans der Stadt Dortmund beinhaltet. Zudem sind darin Vorgaben zur Überleitung aus den Einzelabschlüssen sowie Hinweise für den Gesamtanhang und die Meldedateien enthalten. Er dient der Aufstellung des konsolidierten Gesamtabchlusses und der Sicherstellung der Einhaltung der Grundsätze ordnungsmäßiger Konzernrechnungslegung.

Die Konsolidierung erfolgte unter Einsatz der Software SAP SEM-BCS (Strategic Enterprise Management - Business Consolidation System). Entsprechend der Vorschriften der GemHVO NRW dürfen bei der DV-Buchführung nur fachlich geprüfte Programme und freigegebene Verfahren eingesetzt werden. Die Ordnungsmäßigkeit des Freigabe- und Aktivierungsverfahrens bei SAP-Programmen wird durch das Rechnungsprüfungsamt regelmäßig überwacht.

Die Stadtkämmerei hat das Konsolidierungsprogramm vor dem Einsatz fachlich getestet und freigegeben. Zusätzlich zum Fachtest und zur Vorbereitung auf den Gesamtabschluss 2010 wurden mit der Konsolidierungssoftware bereits für die Jahre 2008 und 2009 Probegesamtabschlüsse erstellt. Zur Überprüfung der Richtigkeit der Ergebnisse aus dem SAP-System hat die Stadtkämmerei zunächst die Konsolidierung für die Probegesamtabschlüsse 2008 und 2009 und die Konsolidierung für die Gesamtabschlüsse 2010 und 2011 manuell parallel in Excel nachvollzogen. Für den Gesamtabschluss 2012 sind die Konzernaufrechnungen (Schulden-, Aufwand-, Ertrags-, Beteiligungsertragskonsolidierung und Zinseliminierung) nicht zusätzlich manuell durchgeführt worden.

Die im Rahmen des Gesamtabchlusses von der Stadtkämmerei manuell vorgenommenen Buchungen werden in einem Belegjournal vollständig und fortlaufend festgehalten. Diese sind insoweit förmlich ordnungsgemäß und sachlich richtig. Die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung war aus Sicht der Rechnungsprüfung gegeben.

Die Gesamtabchluss-Richtlinie und die weiteren geprüften Unterlagen, der Gesamtabschluss einschließlich Gesamtanhang und Gesamtlagebericht entsprechen den gesetzlichen Vorschriften sowie den sie ergänzenden Verordnungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen.



5.2 Konsolidierungskreis und Stichtag des Gesamtabchlusses

5.2.1 Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis umfasst diejenigen wirtschaftlich und organisatorisch selbstständigen Betriebe der Kommune, die im Wege der Vollkonsolidierung bzw. Equity-Methode in den Gesamtabchluss nach § 116 Abs. 2 GO NRW einbezogen werden müssen. Die Art der Einbeziehung richtet sich nach § 50 GemHVO NRW.

Verselbstständigte Aufgabenbereiche sind voll zu konsolidieren, sofern sie entweder unter der einheitlichen Leitung der Kommune gemäß § 50 Abs. 2 S. 1 GemHVO NRW stehen oder das Control-Konzept gemäß § 50 Abs. 2 S. 2 GemHVO NRW seine Anwendung findet. Kann die Kommune nur einen maßgeblichen Einfluss auf die verselbstständigten Aufgabenbereiche ausüben, ist die Equity-Methode gemäß § 50 Abs. 3 GemHVO NRW i. V. m. §§ 311 und 312 HGB anzuwenden. Sofern weder beherrschender noch maßgeblicher Einfluss von Seiten der Kommune gegeben ist oder aber das Einbeziehungswahlrecht gemäß § 116 Abs. 3 GO NRW ausgeübt wird, sind die Betriebe zu fortgeführten Anschaffungskosten (At Cost) zu bewerten.

Der Kreis der in den Gesamtabchluss der Stadt Dortmund einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereiche wurde gemäß § 50 GemHVO NRW ermittelt und ist im Gesamtanhang (Anlage 3 dieses Berichtes) dargestellt.

Die Abgrenzung des Vollkonsolidierungskreises und die Abgrenzung der nach der Equity-Methode einzubeziehenden Unternehmen erfolgten grundsätzlich nach Wesentlichkeitsmaßstäben, die sich an den im NRW-Modellprojekt genannten Kriterien orientieren. Unter Berücksichtigung der örtlich vorliegenden Gegebenheiten wurden als Wesentlichkeitsgrenzen im Einzelabschluss der verselbstständigten Aufgabenbereiche für die Einbeziehung in den Konsolidierungskreis festgelegt, dass Veränderungen:

- des Jahresergebnisses um mehr als 10 % und der Bilanzsumme um mehr als 0,25 % oder
- der Bilanzsumme um mehr als 5 % oder
- sonstiger wichtiger Einzelposten um mehr als 10 %

als wesentlich beurteilt werden.

Zur Bestimmung des Konsolidierungskreises für den Gesamtabchluss der Stadt Dortmund zum 31. Dezember 2012 wurden Kennzahlen hinsichtlich der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage aus den Jahresabschlüssen zum 31. Dezember 2010 der verselbstständigten Aufgabenbereiche anhand absoluter und relativer Werte



zu Grunde gelegt. Die ermittelten Beträge jedes Betriebes wurden ins Verhältnis zu der Gesamtsumme aller verbundenen Betriebe je Kriterium gesetzt. Anhand der Zahlenwerte wurde jeder einzelne verselbständigte Aufgabenbereich hinsichtlich der untergeordneten Bedeutung geprüft. Anschließend erfolgte eine Gesamtbetrachtung in Form einer Addition aller als unwesentlich eingestuften Betriebe je Kriterium. Zum Stichtag 31. Dezember 2012 wurde nochmals geprüft, ob für den einzelnen verselbständigten Aufgabenbereich hinsichtlich des Einflusses auf die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage eine Veränderung eingetreten ist.

Unabhängig von den Wesentlichkeitsgrenzen werden die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und Sondervermögen aufgrund der identischen Rechtspersönlichkeit mit der Stadt Dortmund als zum Vollkonsolidierungskreis gehörig eingestuft.

Der Vollkonsolidierungskreis umfasst neben der Stadt Dortmund neun Sondervermögen und 16 voll zu konsolidierende verbundene Aufgabenbereiche. Gegenüber dem Gesamtabchluss zum 31. Dezember 2011 ergab sich eine Veränderung. Die DOWERT Dortmunder Wertstoffgesellschaft mbH wurde zum 1. Januar 2012 endkonsolidiert. Sie wird im Gesamtabchluss 2012 als verbundenes Unternehmen von untergeordneter Bedeutung behandelt.

Die wegen untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage nicht in den Gesamtabchluss einbezogenen verselbständigten Aufgabenbereiche sind ebenfalls im Gesamtanhang (Anlage 3 dieses Berichtes) aufgeführt.

5.2.2 Stichtag des Gesamtabchlusses

Der Gesamtabchluss ist gemäß § 116 Abs. 1 Satz 1 GO NRW jeweils auf den 31. Dezember (Abschlussstichtag) eines jeden Jahres aufzustellen. Auch die Jahresabschlüsse aller voll zu konsolidierenden Betriebe sind grundsätzlich auf diesen Stichtag aufzustellen. Für Betriebe mit abweichendem Wirtschaftsjahr, die Jahresabschlüsse mit Abschlussstichtag vor dem 30. September aufstellen, sind Zwischenabschlüsse erforderlich. Hierbei gelten jedoch Ausnahmen, die im NRW-Modellprojekt konkretisiert wurden. Bei Betrieben im Kulturbereich mit gleichbleibendem Geschäftsverlauf, deren Abschlussstichtag um mehr als drei Monate, aber nicht mehr als sechs Monate vom Abschlussstichtag des Gesamtabchlusses abweicht, kann von der Aufstellung eines Zwischenabschlusses abgesehen werden. Von dieser Möglichkeit wurde für den Eigenbetrieb Theater Dortmund und die Konzerthaus Dortmund GmbH mit Abschlussstichtagen zum 31. Juli Gebrauch gemacht und auf die Aufstellung eines Zwischenabschlusses verzichtet.



Die Anwendung der Wesentlichkeitsgrenzen und der rechnungslegungsbezogenen Erleichterungen bzw. Ausnahmen werden als sachgerecht und vertretbar bewertet. Das durch den Gesamtabschluss zu vermittelnde Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage wird nach Auffassung der Rechnungsprüfung hierdurch nicht beeinträchtigt.

Neben der Einbeziehung aller eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen sind alle verselbstständigten Aufgabenbereiche, die für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage von Bedeutung sind, im Gesamtabchluss der Stadt Dortmund zum 31. Dezember 2012 enthalten.

5.3 Konsolidierungsmethoden

Zur Vermeidung von Wiederholungen verweisen wir auf die Angaben des Gesamtanhangs (Anlage 3 dieses Berichtes). Ergänzend werden folgende Erläuterungen gegeben:

Die in die Konsolidierung einbezogenen Abschlüsse der städtischen Betriebe und der Stadt wurden auf der Grundlage der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des NKF i.V.m. den entsprechenden Regelungen des HGB in der Fassung vom 10. Mai 1897, zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Mai 2009, und unter Inanspruchnahme der Erleichterungsregelungen aus dem NKF-Modellprojekt zum 31. Dezember 2012 aufgestellt. Hierbei unterlagen neben der Kernverwaltung der Stadt Dortmund 25 Betriebe der Vollkonsolidierung, vier Betriebe wurden nach der Equity-Methode konsolidiert; die übrigen Beteiligungen waren von untergeordneter Bedeutung und sind zu fortgeführten Anschaffungskosten in den Gesamtabchluss eingeflossen.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgte gemäß § 50 Abs. 1 und 2 GemHVO NRW i. V. m. § 301 Abs. 1 HGB nach der Neubewertungsmethode. Dabei erfolgte die Verrechnung mit dem Eigenkapital auf der Grundlage der Wertansätze zum Zeitpunkt des Erwerbs der Konzernorganisationen. Der aus der Kapitalkonsolidierung resultierende passive Unterschiedsbetrag wurde bereits zum 31. Dezember 2010 aufgelöst.

Die aufgrund der Neubewertung zum 1. Januar 2006 aufgedeckten stillen Reserven wurden den betreffenden Bilanzposten zugeordnet und auf den Erstkonsolidierungszeitpunkt 1. Januar 2010 fortgeführt. Die zugeordneten stillen Reserven wurden in 2012 entsprechend anteilig abgeschrieben.

Die innerhalb des Konsolidierungskreises bestehenden Forderungen und Verbindlichkeiten, Umsätze, Aufwendungen und Erträge wurden entsprechend den gesetzlichen Vorschriften eliminiert.



Auf eine Zwischenergebniseliminierung von Lieferungen und Leistungen zwischen den in den Gesamtabchluss einbezogenen Betrieben wurde gemäß § 50 Abs. 1 und 2 GemHVO NRW i. V. m. § 304 Abs. 2 HGB wegen untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragsgesamtlage verzichtet.

Die Equity-Konsolidierung wurde nach der Buchwertmethode vorgenommen. Die Ermittlung der Wertansätze erfolgte auf den (fiktiven) Erwerbszeitpunkt. Die Bewertungsmethoden der at-Equity bewerteten Gesellschaften wurden gemäß § 50 Abs. 3 GemHVO NRW i.V.m. § 312 Abs. 5 HGB beibehalten.

5.4 Ordnungsmäßigkeit der in den Gesamtabchluss einbezogenen Abschlüsse

Die Jahresabschlüsse der verselbständigten Aufgabenbereiche werden gemäß § 116 Abs. 7 GO NRW nicht in die Prüfung einbezogen, da sie bereits nach den gesetzlichen Vorschriften durch Abschlussprüfer geprüft worden sind. Ebenso werden die Überleitungsrechnungen der einbezogenen Betriebe nicht gesondert geprüft. Diese werden einer prüferischen Durchsicht durch die Abschlussprüfer unterzogen. Lediglich die prüferische Durchsicht der Unterlagen der städtischen Kernverwaltung erfolgt durch das Rechnungsprüfungsamt, da die örtliche Rechnungsprüfung auch den NKF-Einzelabschluss der Stadt Dortmund (Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012) geprüft hat. Mit Datum vom 17. September 2013 hat das Rechnungsprüfungsamt eine Bescheinigung über die prüferische Durchsicht erteilt.

Zu allen Jahresabschlüssen der verselbständigten Aufgabenbereiche des Vollkonsolidierungskreises lagen Prüfungsberichte, die mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerken versehen waren, und Bestätigungen über prüferische Durchsichten der Abschlussprüfer vor.

Die vorgelegten Jahresabschlüsse und Unterlagen, insbesondere die Überleitungsrechnungen von der Handelsbilanz I in die Kommunalbilanz II der verselbständigten Aufgabenbereiche, die einer prüferischen Durchsicht der Abschlussprüfer unterzogen wurden, waren vollständig, nachvollziehbar und wurden für eine Übernahme in die Prüfung des Gesamtabchlusses als geeignet angesehen.

Die Jahresabschlüsse der voll zu konsolidierenden verbundenen Organisationen wurden gemäß § 50 GemHVO NRW i. V. m. § 300 HGB grundsätzlich nach den bei der Stadt Dortmund geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Soweit Umgliederungen sowie Anpassungen des Bilanzansatzes und -ausweises bzw. Bewertungsanpassungen bei den Einzelabschlüssen entsprechend der für den Gesamtab-



schluss geltenden Regelungen erforderlich waren, wurden diese im Rahmen der Überleitungsrechnungen vorgenommen.

Auf Bewertungsanpassungen bei Pensionsrückstellungen sowie sonstigen Rückstellungen wurde mit Bezug auf § 50 Abs. 1 GemHVO NRW i. V. m. § 308 Abs. 2 S. 3 HGB verzichtet, da die Auswirkungen für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Gesamtabchlusses von untergeordneter Bedeutung sind. Die untergeordnete Bedeutung wurde anhand der Beträge unter Berücksichtigung der Wesentlichkeitskriterien (siehe hierzu 5.2.1) ermittelt.

Der Rat der Stadt Dortmund hat am 15. November 2012 den Beschluss gefasst, die Regelungen des 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes (NKFWG) bereits im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 anzuwenden. Das NKFWG gilt grundsätzlich auch für den städtischen Gesamtabschluss.

Gemäß der Anpassung des § 41 GemHVO NRW wurde die neue Bilanzposition „Erhaltene Anzahlungen“ in den Gesamtabchluss aufgenommen. Hinsichtlich der neuen Regelungen des § 43 Abs. 3 GemHVO NRW wurde aus Wirtschaftlichkeits- und Wesentlichkeitsaspekten von der vereinfachten Anwendung des NKFWG Gebrauch gemacht. Abweichend vom Jahresabschluss werden im Gesamtabchluss der Stadt Dortmund die Buchgewinne/-verluste aus Anlagenabgängen und Veräußerungen von Vermögensgegenständen und Wertveränderungen bei den Finanzanlagen nicht mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet, sondern weiterhin in der Gesamtergebnisrechnung abgebildet. Die Anpassungen im Bereich der Bilanzansätze erfolgten lediglich in den Überleitungsrechnungen der Stadt Dortmund.

5.5 Ordnungsmäßigkeit des Gesamtabchlusses

Der uns vorgelegte Gesamtabchluss zum 31. Dezember 2012, bestehend aus Gesamtbilanz, Gesamtergebnisrechnung und Gesamtanhang, ist nach den Vorschriften der GO NRW aufgestellt worden. Die Gesamtbilanz und die Gesamtergebnisrechnung sind ordnungsgemäß aus den erstellten Abschlüssen und Überleitungsrechnungen der konsolidierten Betriebe und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden.

Die Gesamtbilanz und Gesamtergebnisrechnung sind gemäß § 49 Abs. 3 GemHVO NRW entsprechend der Regelungen für den Jahresabschluss der Kommune zu gliedern, soweit ihre Eigenart keine Abweichung bedingt. Im Rahmen des NRW-Modellprojektes wurde die anzuwendende Gliederung der Bilanz und Ergebnisrechnung an die Erfordernisse eines Gesamtabchlusses angepasst.



Die Gesamtbilanz zum 31. Dezember 2012 und Gesamtergebnisrechnung 2012 (siehe Anlagen 1 und 2 zu diesem Bericht) sind entsprechend den gesetzlichen Vorschriften gegliedert und entsprechen in ihrem Aufbau den vom MIK NRW vorgegebenen Mustern für das doppische Rechnungswesen und zu Bestimmungen der Gemeindeordnung und der Gemeindehaushaltsverordnung. Dieser Runderlass des Innenministeriums NRW vom 24. Februar 2005, geändert am 17. Dezember 2012, gilt bis zum Ablauf des Jahres 2017. Die gesetzlichen Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften gemäß § 49 Abs. 3 i. V. m. §§ 32 - 38 sowie §§ 41 - 43 und 47 GemHVO NRW wurden eingehalten.

Im Gesamtanhang sind gemäß § 51 Abs. 2 und 3 GemHVO NRW die für die Gesamtbilanz und die Gesamtergebnisrechnung verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden anzugeben und so zu erläutern, dass sachverständige Dritte die Wertansätze beurteilen können. Dem Gesamtanhang ist eine nach den Grundsätzen des DRS 2 aufgestellte Kapitalflussrechnung beizufügen. Das NRW-Modellprojekt empfiehlt, für die Gesamtkapitalflussrechnung freiwillig einen Gesamtanlagenspiegel aufzustellen. Gemäß § 49 Abs. 3 GemHVO NRW i. V. m. § 47 GemHVO NRW ist ein Gesamtverbindlichkeitspiegel in den Gesamtanhang aufzunehmen.

Der als Anlage 3 zu diesem Bericht wiedergegebene Gesamtanhang zum 31. Dezember 2012 entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Die Angaben zu den einzelnen Positionen des Gesamtabchlusses und die sonstigen Angaben sind richtig und vollständig enthalten.

Die im Gesamtanhang wiedergegebene Gesamtkapitalflussrechnung und der als Anlage 3-1 wiedergegebene Gesamtanlagenspiegel sowie die als Anlagen 3-2 und 3-3 wiedergegebenen Gesamtrückstellungsspiegel und Gesamtverbindlichkeitspiegel wurden ordnungsgemäß aus den erstellten Abschlüssen und Überleitungsrechnungen der konsolidierten Betriebe und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet.

Die im Rahmen der Prüfung angeforderten Dokumentationen waren sowohl ausreichend als auch angemessen und genügten den Anforderungen.

5.6 Gesamtlagebericht

Der Gesamtabschluss ist gemäß § 116 GO NRW i.V.m. § 49 GemHVO NRW um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen.

Der als Anlage 4 zu diesem Bericht wiedergegebene Gesamtlagebericht enthält, ergänzt durch das vom IM festgelegte Kennzahlenset inklusive der Erläuterungen, eine Analyse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Dortmund zum



31. Dezember 2012. Darüber hinaus wird im Lagebericht auf die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Stadt Dortmund eingegangen.

Der Gesamtlagebericht entspricht nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen den gesetzlichen Vorschriften und enthält alle erforderlichen Angaben.

Der Gesamtlagebericht vermittelt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Dortmund. Die im Zeitpunkt der Erstellung des Gesamtlageberichtes absehbaren wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung sind im Gesamtlagebericht dargestellt.

5.7 Beteiligungsbericht

Dem Gesamtabschluss ist gemäß § 117 GO NRW i. V. m. § 49 GemHVO NRW ein Beteiligungsbericht beizufügen. Er enthält detaillierte Informationen zu den einzelnen Beteiligungen der Stadt Dortmund. Im Beteiligungsbericht werden alle Betriebe aufgeführt und dargestellt, d.h. auch die Betriebe, die nicht dem Konsolidierungskreis angehören. Er soll den im Gesamtabschluss vermittelten Gesamtüberblick über die wirtschaftliche Gesamtlage der Kommune unterstützen. Der Beteiligungsbericht ist nicht Gegenstand der Prüfung des Gesamtabchlusses.

Der Beteiligungsbericht 2012/2013 wurde mit einer separaten Vorlage (vgl. Drucksache Nr.: 10557-13) dem Rat der Stadt Dortmund zu seiner Sitzung am 26. September 2013 zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Der Beteiligungsbericht 2012/2013 der Stadt Dortmund enthält alle nach § 52 GemHVO NRW erforderlichen Angaben und ist geeignet, den im Gesamtabschluss vermittelten Gesamtüberblick über die wirtschaftliche Lage der Stadt Dortmund zu unterstützen.



5.8 Analyse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage

Die Gesamtbilanz zum 31. Dezember 2012 schließt mit einer Bilanzsumme von 10.924.630.185,16 €. Die Gesamtergebnisrechnung 2012 weist einen Gesamtjahresfehlbetrag von -102.919.277,18 € aus.

Die Gesamtergebnisstruktur stellt sich wie folgt dar:

Ertrags- und Aufwandsarten	2012 in T€	2011 in T€	+ / - in T€	+ / - in %
Steuern und ähnliche Abgaben	658.857	631.573	27.284	4,3
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	675.626	631.179	44.447	7,0
Sonstige Transfererträge	91.784	74.339	17.445	23,5
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	259.016	256.550	2.466	1,0
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.583.989	1.428.612	155.377	10,9
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	79.010	60.396	18.614	30,8
Sonstige ordentliche Erträge	141.807	166.434	-24.627	-14,8
Aktivierte Eigenleistungen	22.274	23.648	-1.374	-5,8
Bestandsveränderungen	2.419	1.771	648	36,6
Ordentliche Gesamterträge	3.514.782	3.274.502	240.280	7,3
Personalaufwendungen	973.880	920.852	-53.028	-5,8
Versorgungsaufwendungen	88.344	119.074	30.730	25,8
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.253.559	1.096.792	-156.767	-14,3
Bilanzielle Abschreibungen	360.282	310.787	-49.495	-15,9
Transferaufwendungen	695.626	674.521	-21.105	-3,1
Sonstige ordentliche Aufwendungen	270.632	254.239	-16.393	-6,4
Ordentliche Gesamtaufwendungen	3.642.323	3.376.265	-266.058	-7,9
Ordentliches Gesamtergebnis	-127.541	-101.763	-25.778	-25,3
Finanzerträge	47.176	47.166	10	.
Erträge aus assoziierten Unternehmen	104.875	126.635	-21.760	-17,2
Finanzaufwendungen	129.356	131.053	1.697	1,3
Aufwendungen aus assoziierten Unternehmen	0	500	500	100,0
Gesamtfinanzergebnis	22.695	42.248	-19.553	-46,3
Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit	-104.846	-59.515	-45.331	-76,2
Gesamtjahresfehlbetrag	-104.846	-59.515	-45.331	- 76,2
Anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis	1.927	-52.753	54.680	103,7
Gesamtjahresfehlbetrag der Stadt Dortmund	-102.919	-112.268	9.349	8,3



Die Gesamtvermögens- und Gesamtkapitalstruktur zeigt sich wie folgt:

	2012 in T€	2011 in T€	+ / - in T€	+ / - in %
Aktiva				
Immaterielle Vermögensgegenstände	17.168	17.414	-246	-1,4
Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	694.762	711.375	-16.613	-2,3
Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	2.461.500	2.401.963	59.537	2,5
Infrastrukturvermögen	3.008.509	3.069.271	-60.762	-2,0
Bauten auf fremden Grund und Boden	786	786	0	0,0
Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	17.119	16.830	289	1,7
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	182.013	183.266	-1.253	-0,7
Betriebs- und Geschäftsausstattung	111.062	105.599	5.463	5,2
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	164.083	251.177	-87.094	-34,7
Finanzanlagevermögen	3.263.208	3.261.700	1.508	.
Anlagevermögen insgesamt	9.920.210	10.019.381	-99.171	-1,0
Vorräte	287.518	288.660	-1.142	-0,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	504.539	452.609	51.930	11,5
Wertpapiere des Umlaufvermögens	23.649	25.607	-1.958	-7,6
Liquide Mittel	128.510	164.676	-36.166	-22,0
Aktive Rechnungsabgrenzung	60.204	53.767	6.437	12,0
Gesamtvermögen	10.924.630	11.004.700	-80.070	-0,7
Passiva				
Eigenkapital	2.632.573	2.784.757	-152.184	-5,5
- davon Allgemeine Rücklage	2.131.006	2.136.267	-5.261	-0,2
- davon Sonderrücklage	19.012	19.530	-518	-2,7
- davon Ergebnisvortrag	-162.350	-50.081	-112.269	-224,2
- davon Gesamtjahresfehlbetrag	-102.919	-112.268	9.349	8,3
- davon Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	747.824	791.309	-43.485	-5,5
Sonderposten	1.454.353	1.506.483	-52.130	-3,5
Pensionsrückstellungen	1.718.223	1.685.618	32.605	1,9
Übrige Rückstellungen	732.231	743.533	-11.302	-1,5
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	2.364.734	2.419.026	-54.292	-2,2
Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.470.312	1.323.636	146.676	11,1
Übrige Verbindlichkeiten	477.937	467.473	10.464	2,2
Passive Rechnungsabgrenzung	74.267	74.174	93	0,1
Gesamtkapital	10.924.630	11.004.700	-80.070	-0,7



Die nachfolgende Kaptialflussrechnung stellt die Zahlungsströme jeweils vom 1. Januar bis zum 31. Dezember innerhalb der Stadt Dortmund und seiner verselbständigten Aufgabenbereiche dar.

Finanzgesamlage (Kapitalflussrechnung)	2012 in T€	2011 in T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit		
Gesamtergebnis aus laufender Geschäftstätigkeit (Gesamtjahresergebnis vor außerordentlichen Posten)	-104.847	-59.515
Abschreibungen / Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	356.647	293.938
Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	21.303	37.098
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge	-190.228	-156.113
Gewinn / Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	139	387
Zunahme / Abnahme der Vorräte, Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-82.855	83.810
Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	149.887	-17.067
Mittelzufluss / -abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	150.046	182.538
Cashflow aus laufender Investitionstätigkeit		
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	8.179	24.057
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-219.278	-260.173
Einzahlungen für Investitionen des immateriellen Anlagevermögens	188	0
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-6.487	-4.110
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	124.706	77.546
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-183.388	-233.008
Einzahlungen für Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträgen sowie Sonstigen Sonderposten	68.201	49.928
Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzmitteldisposition	11.797	3.817
Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzmitteldisposition	-3.817	-2.563
Mittelzufluss / -abfluss aus Investitionstätigkeit	-199.899	-344.506
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		
Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	-46.938	-61.994
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	10.579.929	12.779.604
Auszahlung aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-10.518.893	-12.574.703
Mittelzufluss / -abfluss aus Finanzierungstätigkeit	14.098	142.907
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-35.755	-19.061
Wechselkurs-, konsolidierungskreis und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	-412	25
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	164.677	183.713
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	128.510	164.677



Aufgrund einer im Vorjahr vorgenommenen Ausweiskorrektur weicht die Darstellung in der Kapitalflussrechnung 2011 gegenüber dem Ausweis in der Kapitalflussrechnung in Anlage 3 in den Positionen „Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens“ und „Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen“ ab. Ergebnisauswirkungen ergeben sich daraus nicht.

Bezüglich der für den Gesamtabschluss relevanten NKF-Kennzahlen verweisen wir an dieser Stelle auf die im Gesamtlagebericht dargestellten Kennzahlen (Anlage 4 dieses Berichtes). Die ermittelten Kennzahlen orientieren sich an dem vom MIK NRW festgelegten Kennzahlenset, welches bereits für den Einzelabschluss der Stadt Dortmund (Lagebericht 2012) verwendet wurde.

Von dem NKF-Kennzahlenset für den Einzelabschluss wurde in dem Sinne abgewichen, dass für den Gesamtabschluss die Kennzahlen „Netto-Steuerquote“, „Transferaufwandsquote“ und „Zuwendungsquote“ nicht dargestellt werden und stattdessen die „Fremdkapitalquote“ ermittelt wurde.



6 Bestätigungsvermerk

Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung erteilt das Rechnungsprüfungsamt folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

„Der Gesamtabschluss der Stadt Dortmund zum 31. Dezember 2012, bestehend aus der Gesamtbilanz, der Gesamtergebnisrechnung und dem Gesamtanhang, wurde nach § 116 Abs. 6 i. V. m. § 103 Abs. 5 und 6 GO NRW unter Einbeziehung des Gesamtlageberichtes geprüft.

In die Prüfung sind die haushaltsrechtlichen Vorschriften sowie ergänzende Regelungen der örtlichen Satzungen und sonstige ortsrechtliche Bestimmungen, soweit sich diese auf die gemeindliche Haushaltswirtschaft beziehen, einbezogen worden. Sie wurde so geplant und durchgeführt, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Gesamtabchluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Gesamtlagebericht zu vermittelnden Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Dortmund wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden konnten. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen sind die Kenntnisse über die Geschäfts- und Verwaltungstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt Dortmund einschließlich der gemeindlichen Betriebe sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt worden. Im Rahmen der Prüfung wurden die Nachweise für die Angaben im Gesamtabchluss und Gesamtlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Gesamtabchluss einbezogenen verselbständigten Aufgabenbereiche, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und Konsolidierungsmethoden und der wesentlichen Einschätzungen des Oberbürgermeisters der Stadt Dortmund sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Gesamtabchlusses und des Gesamtlageberichtes.

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen entspricht der Gesamtabchluss den haushaltsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Regelungen der örtlichen Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen, soweit diese sich auf die gemeindliche Haushaltswirtschaft beziehen. Der Gesamtabchluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Dortmund einschließlich der gemeindlichen Betriebe.



Der Gesamtlagebericht steht in Einklang mit dem Gesamtabschluss. Auch er vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Dortmund einschließlich der gemeindlichen Betriebe und stellt die im Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes absehbaren Chancen und Risiken der zukünftigen wirtschaftlichen Gesamtentwicklung zutreffend dar.“

Dortmund, den 13.01.2014

Jutta Seybusch

Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes



Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung erteilt der Rechnungsprüfungsausschuss folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

„Der Gesamtabschluss der Stadt Dortmund zum 31. Dezember 2012, bestehend aus der Gesamtbilanz, der Gesamtergebnisrechnung und dem Gesamtanhang, wurde nach § 116 Abs. 6 i. V. m. § 103 Abs. 5 und 6 GO NRW unter Einbeziehung des Gesamtlageberichtes geprüft.

In die Prüfung sind die haushaltsrechtlichen Vorschriften sowie ergänzende Regelungen der örtlichen Satzungen und sonstige ortsrechtliche Bestimmungen, soweit sich diese auf die gemeindliche Haushaltswirtschaft beziehen, einbezogen worden. Sie wurde so geplant und durchgeführt, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Gesamtabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Gesamtlagebericht zu vermittelnden Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Dortmund wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden konnten. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen sind die Kenntnisse über die Geschäfts- und Verwaltungstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt Dortmund einschließlich der gemeindlichen Betriebe sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt worden. Im Rahmen der Prüfung wurden die Nachweise für die Angaben im Gesamtabschluss und Gesamtlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Gesamtabchluss einbezogenen verselbständigten Aufgabenbereiche, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und Konsolidierungsmethoden und der wesentlichen Einschätzungen des Oberbürgermeisters der Stadt Dortmund sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Gesamtabchlusses und des Gesamtlageberichtes.

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen entspricht der Gesamtabschluss den haushaltsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Regelungen der örtlichen Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen, soweit diese sich auf die gemeindliche Haushaltswirtschaft beziehen. Der Gesamtabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Dortmund einschließlich der gemeindlichen Betriebe.

Der Gesamtlagebericht steht in Einklang mit dem Gesamtabschluss. Auch er vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzge-



samtlage der Stadt Dortmund einschließlich der gemeindlichen Betriebe und stellt die im Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes absehbaren Chancen und Risiken der zukünftigen wirtschaftlichen Gesamtentwicklung zutreffend dar.“

Dortmund, den 20.03.2014

Jürgen Böhm

Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses

Gesamtergebnisrechnung 2012

Gesamtergebnisrechnung der Stadt Dortmund 2012

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2012 EUR	Ergebnis 2011 EUR
1.	Steuern und ähnliche Abgaben	658.857.494,42	631.572.974,56
2.	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	675.626.583,95	631.178.683,32
3.	+ Sonstige Transfererträge	91.783.724,70	74.338.670,94
4.	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	259.016.124,32	256.550.276,18
5.	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.583.988.719,73	1.428.611.921,31
6.	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	79.009.927,18	60.395.639,53
7.	+ Sonstige ordentliche Erträge	141.807.250,47	166.434.546,82
8.	+ Aktivierte Eigenleistungen	22.273.964,41	23.648.051,83
9.	+ Bestandsveränderungen	2.418.707,17	1.771.113,60
10.	= Ordentliche Gesamterträge	3.514.782.496,35	3.274.501.878,09
11.	- Personalaufwendungen	-973.879.833,80	-920.851.939,70
12.	- Versorgungsaufwendungen	-88.343.816,32	-119.073.633,21
13.	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.253.559.707,63	-1.096.791.816,46
14.	- Bilanzielle Abschreibungen	-360.282.805,85	-310.787.092,40
15.	- Transferaufwendungen	-695.626.010,72	-674.520.695,90
16.	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	-270.631.810,23	-254.239.277,76
17.	= Ordentliche Gesamtaufwendungen	-3.642.323.984,55	-3.376.264.455,43
18.	= Ordentliches Gesamtergebnis (= Zeile 10 und 17)	-127.541.488,20	-101.762.577,34
19.	+ Finanzerträge	47.176.078,50	47.166.252,35
20.	+ Erträge aus assoziierten Unternehmen	104.875.481,29	126.634.534,90
21.	- Finanzaufwendungen	-129.356.794,96	-131.052.662,03
22.	- Aufwendungen aus assoziierten Unternehmen	0,00	-500.000,00
23.	= Gesamtfinanzergebnis (= Zeile 19 bis 22)	22.694.764,83	42.248.125,22
24.	= Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit (= Zeile 18 und 23)	-104.846.723,37	-59.514.452,12
25.	= Gesamtjahresfehlbetrag (= Zeile 24)	-104.846.723,37	-59.514.452,12
26.	+ / - Anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis	1.927.446,19	-52.753.086,03
27.	= Gesamtjahresfehlbetrag der Stadt Dortmund	-102.919.277,18	-112.267.538,15

Gesamtbilanz zum 31.12.2012

Gesamtbilanz der Stadt Dortmund zum 31.12.2012					
AKTIVA	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	PASSIVA	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
1. Anlagevermögen	9.920.209.876,61	10.019.380.857,95	1. Eigenkapital	2.632.572.679,24	2.784.757.271,80
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	17.167.654,39	17.413.536,23	1.1 Allgemeine Rücklage	2.131.005.499,62	2.136.266.881,09
1.2 Sachanlagen	6.639.834.322,70	6.740.266.962,97	1.2 Sonderrücklagen	19.012.078,75	19.530.292,03
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	694.761.811,76	711.374.923,26	1.3 Ergebnisvortrag	-162.349.929,18	-50.081.271,63
1.2.1.1 Grünflächen	348.161.975,02	358.588.833,80	1.4 Gesamtjahresfehlbetrag der Stadt Dortmund	-102.919.277,18	-112.267.538,15
1.2.1.2 Ackerland	42.825.304,26	42.621.911,88	1.5 Ausgleichsposten für die Anteile anderer Gesellschafter	747.824.307,23	791.308.908,46
1.2.1.3 Wald, Forsten	14.976.399,31	14.652.428,23	2. Sonderposten	1.454.353.098,93	1.506.483.032,14
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	288.798.133,17	295.511.749,35	2.1 Sonderposten für Zuwendungen	1.318.303.891,69	1.368.584.192,62
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	2.461.500.527,80	2.401.963.270,01	2.2 Sonderposten für Beiträge	29.940.041,39	30.273.020,30
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	84.525.423,11	82.948.291,42	2.3 Sonderposten für den Gebührenaussgleich	3.885.369,61	6.281.493,61
1.2.2.2 Schulen	740.402.940,61	757.154.853,42	2.4 Sonstige Sonderposten	102.223.796,24	101.344.325,61
1.2.2.3 Wohnbauten	486.544.871,48	485.376.798,26	3. Rückstellungen	2.450.453.578,47	2.429.150.619,23
1.2.2.4 Krankenhäuser	162.722.528,52	99.558.715,97	3.1 Pensionsrückstellungen	1.718.223.355,26	1.685.617.670,29
1.2.2.5 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	987.304.764,08	976.924.610,94	3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	199.456.617,84	203.290.222,98
1.2.3 Infrastrukturvermögen	3.008.509.237,65	3.069.270.657,06	3.3 Instandhaltungsrückstellungen	33.805.471,09	29.970.697,04
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	531.711.170,25	528.939.933,92	3.4 Steuerrückstellungen	13.385.312,40	26.460.352,27
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	259.076.806,61	261.103.958,03	3.5 Sonstige Rückstellungen	485.582.821,88	483.811.676,65
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	395.044.245,75	414.878.713,62	4. Verbindlichkeiten	4.312.983.936,47	4.210.134.589,13
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	825.352.143,51	832.963.379,71	4.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	2.364.733.813,70	2.419.026.486,62
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	277.051.633,00	281.005.122,44	4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.470.312.518,48	1.323.635.599,87
1.2.3.6 Stromversorgungsanlagen	430.414.522,19	459.181.820,06	4.3 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	51.094.616,01	53.637.270,73
1.2.3.7 Gasversorgungsanlagen	62.947.671,83	61.214.696,76	4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	111.604.441,97	79.236.478,84
1.2.3.8 Wasserversorgungsanlagen	81.283.835,83	72.746.298,42	4.5 Sonstige Verbindlichkeiten	162.558.348,00	334.598.753,07
1.2.3.9 Abfallentsorgungsanlagen	20.867.991,00	25.457.235,00	4.6 Erhaltene Anzahlungen	152.680.198,31	0,00
1.2.3.10 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	124.759.217,68	131.779.499,10	5. Passive Rechnungsabgrenzung	74.266.892,05	74.174.342,27
1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden	785.698,45	786.410,15			
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	17.119.005,83	16.830.035,00			
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	182.013.018,94	183.265.575,74			
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	111.061.948,26	105.599.039,27			
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	164.083.074,01	251.177.052,48			
1.3 Finanzanlagen	3.263.207.899,52	3.261.700.358,75			
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	26.346.307,13	27.369.859,00			
1.3.2 Anteile an assoziierten Unternehmen	1.917.908.674,72	1.907.078.532,68			
1.3.3 Beteiligungen	144.149.117,09	206.457.107,95			
1.3.4 Sondervermögen	14.222.903,96	13.968.099,48			
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	688.297.061,17	671.517.702,06			
1.3.6 Ausleihungen	472.283.835,45	435.309.057,58			
1.3.6.1 an verbundene Unternehmen	5.109.505,07	5.452.988,48			
1.3.6.2 an Beteiligungen	224.649.348,45	206.588.196,41			
1.3.6.3 Sonstige Ausleihungen	242.524.981,93	223.267.872,69			
2. Umlaufvermögen	944.216.137,00	931.551.727,99			
2.1 Vorräte	287.518.501,68	288.660.118,69			
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	287.298.725,13	288.454.144,26			
2.1.2 Geleistete Anzahlungen	219.776,55	205.974,43			
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	504.538.606,70	452.608.479,68			
2.2.1 Forderungen	362.266.357,08	312.001.652,06			
2.2.2 Sonstige Vermögensgegenstände	142.272.249,62	140.606.827,62			
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	23.649.203,75	25.606.613,75			
2.4 Liquide Mittel	128.509.824,87	164.676.515,87			
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	60.204.171,55	53.767.268,63			
Gesamtbilanzsumme	10.924.630.185,16	11.004.699.854,57	Gesamtbilanzsumme	10.924.630.185,16	11.004.699.854,57

Gesamtanhang

2012

INHALTSVERZEICHNIS

1. Allgemeine Angaben zum Gesamtabchluss und Gesamtabchlussstichtag	- 1 -
2. Angaben zum Konsolidierungskreis	- 2 -
3. Angaben zu den Konsolidierungsmethoden	- 5 -
4. Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	- 6 -
5. Angaben zur Gesamtbilanz	- 9 -
6. Angaben zur Gesamtergebnisrechnung	- 20 -
7. Sonstige Angaben	- 26 -
8. Erweiterung des Gesamtanhangs	- 27 -

1. Allgemeine Angaben zum Gesamtabchluss und Gesamtabchlussstichtag

Die Stadt Dortmund hat nach den Vorschriften der Gemeindeordnung (GO NRW) und Gemeindehaushaltsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) zum 31.12.2012 einen Einzelabschluss und einen Gesamtabchluss aufgestellt. Sofern ergänzende Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) anzuwenden waren, wurden diese berücksichtigt.

Am 13. September 2012 wurde durch den Landtag NRW das NKF-Weiterentwicklungsgesetz (NKFWG) beschlossen und am 28. September 2012 bekannt gegeben. Der Rat der Stadt Dortmund hat am 15. November 2012 den Beschluss gefasst, von dem in Artikel 11 des NKFWG enthaltenen Wahlrecht Gebrauch zu machen und die Regelungen des NKFWG bereits im Jahresabschluss 2012 anzuwenden (Drucksachen Nr. 08266-12).

Für den vorliegenden Gesamtabchluss bedeutet dies im Wesentlichen, dass die neue Bilanzposition „Erhaltene Anzahlungen“ aufgenommen worden ist (Anpassung des § 41 GemHVO durch das NKFWG).

Für den Konzern und die konsolidierten Organisationen entspricht das Haushaltsjahr bzw. Geschäftsjahr dem Kalenderjahr.

Das Theater Dortmund, die Konzerthaus Dortmund GmbH und die KEB Holding AG haben ein abweichendes Wirtschaftsjahr. Bei dem Theater Dortmund und der Konzerthaus Dortmund GmbH wurde aufgrund eines gleichbleibenden Geschäftsverlaufes auf einen Zwischenabschluss verzichtet.

Bei den assoziierten Unternehmen wurde der jeweils letzte Jahres-/Konzernabschluss zugrunde gelegt.

Die Betragsangaben erfolgten in Tausend Euro (T€).

2. Angaben zum Konsolidierungskreis¹

Der Vollkonsolidierungskreis umfasst neben der Stadt Dortmund folgende neun Sondervermögen und sechzehn voll zu konsolidierende verbundene Unternehmen:

Name des Unternehmens / Sondervermögens	Sitz	Kapital- anteil in %
Deponiesondervermögen (DSV)	Dortmund	100,00
FABIDO - Familienergänzende Bildungseinrichtungen für Kinder in Dortmund	Dortmund	100,00
Friedhöfe Dortmund (Friedhöfe)	Dortmund	100,00
Sondervermögen Grundstücks- und Vermögensverwaltungsfonds Dortmund (SV Grund)	Dortmund	100,00
Kulturbetriebe Dortmund (Kulturbetriebe)	Dortmund	100,00
Sport- und Freizeitbetriebe Dortmund (SFB)	Dortmund	100,00
Theater Dortmund (Theater)	Dortmund	100,00
Sondervermögen Verpachtung Technologiezentrum Dortmund (SVTZ)	Dortmund	100,00
Wirtschaftsförderung Dortmund (WFDO)	Dortmund	100,00
DOGA Dortmunder Gesellschaft für Abfall mbH (DOGA)	Dortmund	100,00
DOGEWO Dortmunder Gesellschaft für Wohnen mbH (DOGEWO21)	Dortmund	90,00
DOKOM Gesellschaft für Telekommunikation mbH (DOKOM21)	Dortmund	95,01
Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH (DEW21)	Dortmund	53,00
Dortmunder Energie- und Wasserversorgung-Netz GmbH (DEW21-Netz)	Dortmund	100,00
Dortmunder Hafen AG (Hafen)	Dortmund	100,00
Dortmunder Stadtwerke AG (DSW21)	Dortmund	100,00
EDG Entsorgung Dortmund GmbH (EDG)	Dortmund	100,00
EDG Holding GmbH (EDG Holding)	Dortmund	100,00
Flughafen Dortmund GmbH (Flughafen)	Dortmund	100,00
KEB Holding AG (KEB)	Dortmund	65,13
Klinikum Dortmund gGmbH (Klinikum)	Dortmund	100,00
Konzerthaus Dortmund GmbH (Konzerthaus)	Dortmund	100,00
MVA Hamm Eigentümer-GmbH (MVA-E)	Hamm	57,38
Städt. Seniorenheime Dortmund gGmbH (Seniorenheime)	Dortmund	100,00
Westfalahallen Dortmund GmbH (Westfalahallen)	Dortmund	100,00

Die DOWERT Dortmunder Wertstoffgesellschaft mbH wurde zum 01.01.2012 endkonsolidiert und wird in 2012 als verbundenes Unternehmen von untergeordneter Bedeutung behandelt.

¹Nach § 116 Abs. 3 GO NRW müssen Unternehmen nicht in den Gesamtabchluss einbezogen werden, wenn deren Einbeziehung von untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage ist. Bei der Beurteilung der Wesentlichkeit wurden die einschlägigen Kommentierungen zum Handelsrecht berücksichtigt. Danach sind u. a. Unternehmen von untergeordneter Bedeutung, wenn ihre Bilanzsummen insgesamt 5 % der Gesamtbilanzsumme nicht überschreiten.

Aufgrund der untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage (VSEF-Lage) des Konzerns wurden folgende Organisationen nicht in den Gesamtabschluss einbezogen:

Name des Unternehmens	Sitz	Kapital- anteil in %
DE Infrastruktur GmbH	Dortmund	81,00
DEW21 Verwaltungsgesellschaft mbH (DEW21-V)	Dortmund	100,00
DEW21 Windkraftbeteiligungsgesellschaft mbH (DEW21-W)	Dortmund	100,00
Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (DSG)	Dortmund	100,00
DOLOG - Dortmunder Logistikgesellschaft mbH (DOLOG)	Dortmund	100,00
DOREG Dortmunder Recycling GmbH (DOREG)	Dortmund	75,10
Dortmunder Mineralstoffverwertungsgesellschaft mbH (DOMIG)	Dortmund	51,00
DOWERT Dortmunder Wertstoffgesellschaft mbH (DOWERT)	Dortmund	100,00
energieplus GmbH (energieplus)	Dortmund	100,00
ecce - european centre for creative economy GmbH	Dortmund	100,00
Erste ENP Windpark Alzeim GmbH & Co. KG	Osnabrück	100,00
Flughafen Dortmund Handling GmbH	Dortmund	100,00
H-Bahn-Gesellschaft Dortmund mbH (H-Bahn21)	Dortmund	100,00
Hohenbuschei Beteiligungsgesellschaft mbH (Hohenbuschei GmbH)	Dortmund	51,00
Hohenbuschei GmbH & Co. KG	Dortmund	51,00
KHC Westfalahallen GmbH	Dortmund	100,00
Krematorium Dortmund GmbH	Dortmund	100,00
Medizinisches Versorgungszentrum Klinikum Dortmund GmbH	Dortmund	100,00
Messe Westfalahallen Dortmund GmbH	Dortmund	100,00
MHB Hamm Betriebsführungsgesellschaft mbH (MHB)	Hamm	74,90
MVA Hamm Betreiber Holding GmbH (MVA-BH)	Hamm	58,00
MVA Hamm Betreiber-GmbH (MVA-B)	Hamm	53,10
Olympiastützpunkt Westfalen gemeinnützige GmbH	Dortmund	100,00
Phoenix See Entwicklungsgesellschaft mbH	Dortmund	100,00
Projektgesellschaft Gneisenau GmbH	Dortmund	51,00
ServiceDO GmbH	Dortmund	100,00
SHDO Service GmbH	Dortmund	100,00
StadtEnergie GmbH	Dortmund	100,00
Stadthaus Dortmund - Projektgesellschaft mbH	Dortmund	100,00
Stadtkrone Ost Beteiligungsgesellschaft mbH	Dortmund	55,00
Stadtkrone Ost Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG	Dortmund	55,00
Technologiezentrum Dortmund Management GmbH (TZM GmbH)	Dortmund	100,00
Veranstaltungszentrum Westfalahallen GmbH	Dortmund	100,00
Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie GbR	Dortmund	100,00
Welge Entsorgung GmbH (Welge)	Unna	100,00
Westfalentor 1 GmbH	Dortmund	100,00
Windfarm Rothenkopf GmbH & Co. KG	Leinfelden	100,00
Windkraft Alsleben 1 GmbH & Co. KG	Leinfelden	100,00
Windkraft Netzbetrieb GmbH & Co. KG	Leinfelden	100,00

Ferner wurden vier assoziierte Unternehmen im Gesamtabchluss berücksichtigt:

Name des Unternehmens	Sitz	Kapital- anteil in %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG)	Essen	36,00
RW Energie-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG (RWEB)	Dortmund	34,66
Stadtwerke Schwerte Holding GmbH & Co. KG (Stw. Schwerte)	Schwerte	50,00
Wasser und Gas Westfalen GmbH & Co. Holding KG (WGW)	Bochum	50,00

Auf die Einbeziehung folgender assoziierter Unternehmen wurde aufgrund untergeordneter Bedeutung für die VSEF-Lage des Konzerns verzichtet:

Name des Unternehmens	Sitz	Kapital- anteil in %
AMK Objektgesellschaft mbH & Co KG (AMK-Objekt-KG)	Iserlohn	24,50
DORTMUNDtourismus GmbH	Dortmund	26,00
Gesellschaft für City-Marketing Dortmund mbH	Dortmund	50,00
HEB-GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb (HEB)	Hagen	20,00
HUI GmbH Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft (HUI)	Hagen	20,00
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH	Essen	36,00
MK Beteiligungsgesellschaft mbH & Co KG (MK-B KG)	Iserlohn	50,00
MK Beteiligungsgesellschaft Verwaltung mbH	Iserlohn	50,00
Projektgesellschaft „Minister Stein“ mbH	Dortmund	50,00
Revierpark Wischlingen GmbH	Dortmund	50,00
rku.it GmbH	Herne	40,00
Stadtwerke Schwerte GmbH (SWS GmbH)	Schwerte	50,00
Stiftung DFB Fussballmuseum gGmbH	Dortmund	50,00
Technologiezentrum Dortmund GmbH (TZDO GmbH)	Dortmund	46,60
Wasser und Gas Westfalen Beteiligungsgesellschaft mbH (WGW Beteiligungs-GmbH)	Bochum	50,00
Wasserwerke Westfalen GmbH (WWW)	Dortmund	50,00
Westfälisch Märkisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung –GbR-	Dortmund	41,22

3. Angaben zu den Konsolidierungsmethoden

Bei der **Kapitalkonsolidierung** wurde die Neubewertungsmethode (§ 50 Abs. 1, 2 GemHVO NRW i.V.m. § 301 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 HGB) angewandt (Vollkonsolidierung mit Minderheitenausweis). Dabei erfolgte die Verrechnung mit dem Eigenkapital auf der Grundlage der Wertansätze zum Zeitpunkt des Erwerbs der Konzernorganisationen.

Die **Schuldenkonsolidierung** erfolgte nach § 50 Abs. 1, 2 GemHVO NRW i.V.m. § 303 Abs. 1 HGB durch Eliminierung der Forderungen mit den entsprechenden Verbindlichkeiten zwischen den Konzernorganisationen.

Auf eine **Zwischenergebniseliminierung** aus konzerninternen Lieferungen in 2012 wurde gem. § 50 Abs. 1, 2 GemHVO NRW i.V.m. § 304 Abs. 2 HGB wegen untergeordneter Bedeutung für die VSEF-Lage verzichtet.

Die **Aufwands- und Ertragskonsolidierung** erfolgte gem. § 50 Abs. 1, 2 GemHVO NRW i.V.m. § 305 Abs. 1 HGB durch Verrechnung der Erträge zwischen den Konzernorganisationen mit den auf sie entfallenden Aufwendungen.

Die **assoziierten Unternehmen** sind in der Gesamtbilanz mit dem Buchwert (Buchwertmethode) angesetzt worden. Dabei wurde in 2010 als Zeitpunkt die erstmalige Einbeziehung der assoziierten Unternehmen RWEB, Stw. Schwerte und WGW in den Gesamtabchluss gewählt. Die Konsolidierung der KSBG in 2011 erfolgte zum Zeitpunkt des Erwerbs auf Grundlage des IFRS-Konzernabschlusses zum 31.12.2011.

4. Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Jahresabschlüsse der einbezogenen Organisationen wurden für den Gesamtab schluss entsprechend den gesetzlichen Vorschriften grundsätzlich einheitlich nach den bei der Stadt Dortmund geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Die Bewertungsmethoden der **assoziierten Unternehmen** wurden gem. § 50 Abs. 3 GemHVO NRW i.V.m. § 312 Abs. 5 HGB beibehalten.

Im Einzelnen wurden im Konzern folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewendet:

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** wurden zu Anschaffungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen (bei einer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer / Vertragslaufzeit von 1 bis zu 30 Jahren) entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer bewertet.

Das **Sachanlagevermögen** wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, grundsätzlich vermindert um lineare Abschreibungen (bei einer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von 1 bis zu 90 Jahren) entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer angesetzt.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 410,00 € (ohne Vorsteuer) wurden grundsätzlich im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und bei Anschaffungskosten bis 60,00 € (ohne Vorsteuer) unmittelbar als Aufwand gebucht.

Für Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens wurden Festwerte i.H.v. 52.665 T€ gebildet. Die Reduzierung um 4.624 T€ im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen auf außerplanmäßige Abschreibungen der Festwerte des Infrastrukturvermögens der Kernverwaltung zurückzuführen.

Die **Finanzanlagen** wurden zu Anschaffungskosten bewertet, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert.

Die **Ausleihungen** wurden grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt. Unverzinsliche und niedrig verzinsliche Ausleihungen wurden generell, soweit keine Gegenleistungsverpflichtungen bestehen, unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von grundsätzlich 5,5 % abgezinst.

Die Bewertung der Gegenstände des **Vorratsvermögens** erfolgte zu Anschaffungs-/ Herstellungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips.

Für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Waren sind in Einzelfällen Festwerte i.H.v. 4.073 T€ gebildet worden. Für gleichartige Vermögensgegenstände des Vorratsvermögens wurde in Einzelfällen eine Gruppenbewertung vorgenommen und der gewogene Durchschnittswert angesetzt.

Forderungen wurden mit dem Nennbetrag aktiviert. Zweifelhafte Forderungen wurden mit dem wahrscheinlich eingehenden Wert angesetzt. Dem allgemeinen Ausfall- und Kreditrisiko wurde durch eine pauschale Wertberichtigung zwischen grundsätzlich 1 % bis 3 % auf die Netto-Forderungen ausreichend Rechnung getragen.

Der Ansatz der **Wertpapiere des Umlaufvermögens** erfolgte zu Anschaffungskosten beziehungsweise zum niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag.

Disagios wurden aktivisch abgegrenzt.

Die **Sonderrücklagen** wurden mit dem Nennbetrag ausgewiesen.

Zuwendungen und Beiträge für zweckgebundene Investitionen wurden in der Regel als Sonderposten ausgewiesen. Zugänge von **Sonderposten** im Berichtsjahr wurden mit den Nennbeträgen passiviert. Die Auflösung der Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge erfolgte in der Regel nach Maßgabe der auf die Vermögensgegenstände angewandten Abschreibungssätze.

Für Kostenüberdeckungen der kostenrechnenden Einrichtungen am Ende eines Kalkulationszeitraumes, die nach dem Kommunalabgabengesetz in den folgenden vier Jahren ausgeglichen werden müssen, wurde ein **Sonderposten für den Gebührenaussgleich** gebildet.

Allen am Bilanzstichtag bestehenden und erkennbaren Risiken wurde durch die Bildung von **Rückstellungen** ausreichend Rechnung getragen.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden für bestehende Versorgungsansprüche und sämtliche Anwartschaften gebildet. Diese wurden grundsätzlich mit dem nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Teilwert auf der Basis eines Rechnungszinsfußes von grundsätzlich 5 % angesetzt. Beihilfeansprüche wurden in der Regel als prozentualer Aufschlag zur Pensionsrückstellung pauschal berücksichtigt.

Rückstellungen für Deponien und Altlasten wurden mit den zu erwartenden Gesamtkosten zum Zeitpunkt der Maßnahmen angesetzt.

Sofern in der Finanzplanung einbezogen, wurde bei der Bildung von **Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen** für die Nachholung ein längstmöglicher Zeitraum von fünf Jahren nach dem Abschlussstichtag berücksichtigt.

Bei den **Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub und Überstunden** wurde gem. § 34 Abs. 3 GemHVO teilweise eine Gruppenbewertung mit dem gewogenen Durchschnitt vorgenommen.

Die **Verbindlichkeiten** wurden grundsätzlich mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

5. Angaben zur Gesamtbilanz

Anlagevermögen

Bilanzposition	31.12.2012 in T€	31.12.2011 in T€
Immaterielle Vermögensgegenstände	17.168	17.414
Sachanlagen	6.639.834	6.740.267
Finanzanlagen	3.263.208	3.261.700
Gesamt	9.920.210	10.019.381

Die Aufgliederung und Entwicklung der in der Gesamtbilanz erfassten Anlagegegenstände ist in ► **Anlage 1** zum Gesamtanhang dargestellt (**Gesamtanlagenspiegel**).

Die Zugänge bei den **immateriellen Vermögensgegenständen** betreffen hauptsächlich Anschaffungen diverser Software.

Die Zugänge bei den **Sachanlagen** von insgesamt 227.671 T€ betreffen im Wesentlichen:

Bilanzposition / Sachverhalt	Zugänge in 2012 in T€
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	
Feuerwache 1	4.539
Offenlegung Schondelle vom Rombergpark bis zur Emscher	3.199
Kindertageseinrichtung Uhlandstraße	2.969
Erneuerung Fahrtreppen in Stadtbahnanlagen	2.909
Stadtbahnwagen	2.621
Dreifachsporthalle Goethe-Gymnasium	2.507
Gastronomie U-Turm	2.432
Sporthalle Phoenix	1.856
Kanalerneuerung Brackeler Straße	1.784
Kanalbau Ruhfusstraße	1.769
Gesamtsanierung Hauptschule Mengede	1.704
Niederflurfahrzeuge	1.442
Kanalbau Provinzialstraße	1.352
Kanalbau Schondellebach	1.244
Kanalbau Mengeder Straße	1.197
Strom-, Gas- und Wasserversorgungsanlagen	
Versorgungsleitungen	21.456
Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	
Operations- und Funktionszentrum Klinikzentrum Mitte	7.766
Gebäude U-Turm	3.080
Ballettzentrum Westfalenpark	1.925
Basisabdichtung Deponie Nordost	1.558
Krankenhäuser	
Operations- und Funktionszentrum Klinikzentrum Mitte	11.398
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	
Operations- und Funktionszentrum Klinikzentrum Mitte	3.160
Glasfaserkabel	3.039
Kraftomnibusse	1.693
Gleisananlagen	
Fahrkartenautomaten	2.243
Grünanlagen	
Stadtkrone Ost	1.828
Betriebs- und Geschäftsausstattung	
Ertüchtigung Gepäckförderanlage	1.195

Die Zugänge bei den **Anteilen an verbundenen Unternehmen** betreffen eine Kapitalerhöhung an der TZM GmbH sowie die in 2012 gegründete Medizinisches Versorgungszentrum Klinikum Dortmund GmbH. Bei den Abgängen handelt es sich um die Veräußerung eines Anteils von einem Prozent der MHB an die Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH.

Vom ausgewiesenen Bilanzwert der **assoziierten Unternehmen** entfallen 1.482.759 T€ auf die RWEB, 336.358 T€ auf die WGW, 74.464 T€ auf die KSBG und 24.328 T€ auf die Stw. Schwerte. Die Zugänge betreffen mit 11.500 T€ eine Zuführung zur Kapitalrücklage der WGW und mit 222 T€ Kapitaleinlagen in die KSBG.

Die Zugänge bei den **Beteiligungen** betreffen im Wesentlichen Kapitalverstärkungen an der TZ-Invest Dortmund GmbH und der Green GECCO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG.

Bei der Bilanzposition **Sondervermögen** werden die rechtlich unselbstständigen Stiftungen und Interessentengesamtheiten ausgewiesen. Korrespondierend hierzu wurde ein entsprechender Sonderposten gebildet.

Als **sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens** werden im Wesentlichen zehn Wertpapier-Spezialfonds i.H.v. 484.983 T€ des DSW21-Konzerns ausgewiesen, die hauptsächlich der Finanzierung der Pensionsverpflichtungen dienen.

Die Bilanzposition **Ausleihungen an verbundene Unternehmen** betrifft eine Ausleihung an die DEW21-Windkraftbeteiligungsgesellschaft mbH.

Unter den **Ausleihungen an Beteiligungen** werden RWE-Aktien i.H.v. 117.871 T€ ausgewiesen, die von DSW21 und KEB im Rahmen von Wertpapier-Leihgeschäften an die RWEB übertragen wurden. Hinzu kommt ein Gesellschafterdarlehen von DEW21 an die Gemeinschaftskohlekraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG mit 106.463 T€. Der Zugang in 2012 betrug 18.889 T€.

Bei den **sonstigen Ausleihungen** handelt es sich vornehmlich um Ausleihungen des DSV und EDG-Konzerns an Kreditinstitute. Hier werden auch Darlehen an Mitarbeiter ausgewiesen.

Umlaufvermögen

Die **Vorräte** setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2012 in T€	31.12.2011 in T€
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	24.949	26.164
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	58.430	54.398
Fertige Erzeugnisse und Waren (auch Grundstücke)	203.920	207.892
Geleistete Anzahlungen	220	206
Gesamt	287.519	288.660

Unter den **Waren** werden auch Grundstücke, die zur Veräußerung bestimmt sind, i.H.v. 199.345 T€ ausgewiesen. Diese betreffen mit 90.680 T€ Grundstücke der DSW21 am PHOENIX See und mit 89.038 T€ diverse Baugebiete sowie mit 10.451 T€ das U-Gelände beim SV Grund. Die Veränderung zum Vorjahr ergibt sich im Wesentlichen aus gestiegenen Verkäufen von Grundstücken am PHOENIX See und Grundstücksverkäufen in diversen Baugebieten.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Der Bestand der Wertberichtigungen auf Forderungen zum 31.12.2012 beträgt insgesamt 57.932 T€ (Kernverwaltung 40.405 T€, DSW21 7.830 T€, DEW21 2.612 T€, Klinikum 2.495 T€) und ist aktivisch bei den jeweiligen Bilanzposten abgesetzt worden.

In den **sonstigen Vermögensgegenständen** sind im Wesentlichen enthalten:

Sachverhalt	31.12.2012 in T€
Steuererstattungsansprüche	77.647
Besicherung Derivate	18.750
Grundstücke und Gebäude mit konkreten Verkaufsabsichten	16.506
Debitorische Kreditoren	8.903
Zinsforderungen	3.423
Forderungen aus Fahrbetrieb	1.491
Schadensersatzleistungen*	1.197
Zuschussforderungen	1.142
Forderungen an Betriebsangehörige	1.019
Forderungen an Versicherungsunternehmen	670
Kurzfristige Darlehen	316

* ohne Kernverwaltung

Die **Wertpapiere des Umlaufvermögens** enthalten im Wesentlichen festverzinsliche Wertpapiere bei der DSW21.

Der **Aktive Rechnungsabgrenzungsposten** beinhaltet hauptsächlich:

Sachverhalt	31.12.2012 in T€
Beamtenbesoldung u.ä. für 01/2013	16.066
Kosten der Unterkunft und Heizung für Leistungsempfänger für 01/2013	14.123
Soziale Leistungen (Hilfen bei wirtschaftlicher Bedürftigkeit, zur Gesundheit, zur Pflege und für Menschen mit Behinderungen) für 01/2013	8.719
Zuwendungen mit einer mehrjährigen und einklagbaren Gegenleistungsverpflichtung	6.259
Mietvorauszahlungen	5.981
Erzieherische und wirtschaftliche Hilfen für junge Menschen und ihre Familien für 01/2013	1.413
Disagio	338

Eigenkapital

Die Verringerung der **allgemeinen Rücklage** resultiert im Wesentlichen aus vorzunehmenden Bilanzkorrekturen bei der Kernverwaltung.

Bei den **Sonderrücklagen** werden noch nicht zweckentsprechend eingesetzte Mittel aus den US-Lease-Transaktionen hinsichtlich Stadtbahnvermögen ausgewiesen. Die Veränderung resultiert aus der Umbuchung in die allgemeine Rücklage.

Als **Ergebnisvortrag** werden die Gesamtjahresfehlbeträge 2010 und 2011 des Konzerns Stadt Dortmund abzüglich des Gewinnvortrages der DOWERT (bedingt durch die Endkonsolidierung) ausgewiesen.

Der **Gesamtjahresfehlbetrag der Stadt Dortmund** in 2012 beträgt 102.919 T€.

In dem **Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter** werden folgende Minderheitenanteile erfasst:

Gesellschaft	31.12.2012 in T€	31.12.2011 in T€
KEB	464.243	504.830
DEW21	272.939	276.674
DOGEWO21	7.667	7.444
MVA-E	2.199	1.585
DOKOM21	776	776
Gesamt	747.824	791.309

Sonderposten

Es werden **Zuwendungen** und **Beiträge** als Sonderposten ausgewiesen, die im Rahmen einer Zweckbindung für investive Maßnahmen geleistet wurden und nicht frei verwendet werden dürfen. Die Auflösung der Sonderposten wurde grundsätzlich entsprechend der Abnutzung der bezuschussten Vermögensgegenstände vorgenommen. Die wesentlichen Zugänge betreffen Zuwendungen für:

Sachverhalt	31.12.2012 Zugang in T€
Feuerwache 1	8.322
Pauschale Fördermittel nach Krankenhausfinanzierungsgesetz	5.089
Baupauschale nach Krankenhausfinanzierungsgesetz	3.305
Fahrtreppen	2.378
Dreifachsporthalle Goethe-Gymnasium	2.133
Offenlegung Schondelle vom Rombergpark bis zur Emscher	1.940
Grünanlage Stadtkrone Ost	1.828
Hybridbusse	1.046

Der **Sonderposten für den Gebührenaussgleich** enthält Kostenüberdeckungen der kostenrechnenden Einrichtungen, die nach dem Kommunalabgabengesetz in den folgenden Jahren ausgeglichen werden müssen. Diese betreffen den Gebührenaussgleich für Stadtentwässerung (2.886 T€) und Abfallwirtschaft (999 T€).

In den **Sonstigen Sonderposten** sind im Wesentlichen Baukostenzuschüsse für Hausanschlüsse (76.939 T€), erhaltene Gelder für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (8.985 T€) sowie für Stellplatzablässe (1.679 T€) enthalten. Darüber hinaus wird hier der mit den Sondervermögen der unselbstständigen Stiftungen und Interessentengesamtheiten korrespondierende Posten i.H.v. 14.223 T€ ausgewiesen.

Rückstellungen

Die Entwicklung der Rückstellungen ist in ► **Anlage 2 (Rückstellungsspiegel)** dargestellt.

Die **Pensionsrückstellungen** beinhalten Verpflichtungen nach beamtenrechtlichen Vorschriften und sonstige direkte Pensionsverpflichtungen gegenüber tariflich Beschäftigten, die nicht durch entsprechende Umlagen der Zusatzversorgungskasse abgedeckt werden. Der Anstieg ist vor allem auf Zuführungen bei der Kernverwaltung, der DEW21 und der DSW21 zurückzuführen.

Ausgewiesen werden **Rückstellungen** für die Rekultivierung und Nachsorge von **Deponien** i.H.v. 194.609 T€ (Deponien Nordost, Huckarde und Grevel) und **Altlasten** i.H.v. 4.848 T€.

Instandhaltungsrückstellungen wurden im Wesentlichen für folgende Maßnahmen gebildet:

Maßnahme	31.12.2012 in T€
Gesamtmaßnahmen für Schulen	12.060
Gesamtmaßnahmen für Verwaltungsgebäude der Stadt	4.631
Zentralbibliothek	3.794
Gesamtmaßnahmen für diverse Straßenabschnitte	3.004
Naturkundemuseum	2.013
Dietrich-Keuning-Haus	1.355
Gesamtmaßnahmen für Kindertageseinrichtungen u.ä.	1.220

Die Erhöhung der Instandhaltungsrückstellungen um 3.835 T€ ist insbesondere durch Rückstellungszuführungen für die Sanierung von Schulen, die erstmalige Bildung von Instandhaltungsrückstellungen für städtische Straßen sowie für diverse Instandhaltungsmaßnahmen am Flughafen begründet. Dem steht die Auflösung der Rückstellung für Ertüchtigung Graugussgasleitungen bei der DEW21 gegenüber.

Die **Steuerrückstellungen** enthalten im Wesentlichen die voraussichtlichen Steuerbelastungen für Betriebsprüfungsrisiken der DSW21 und des Klinikums. Der Rückgang um 13.075 T€ auf 13.385 T€ resultiert im Wesentlichen aus erfolgten Veranlagungen der Körperschaftssteuer für den Betriebsprüfungszeitraum 2005 bis 2008 sowie für 2010 bei der DSW21.

Die **Sonstigen Rückstellungen** betreffen hauptsächlich:

Sachverhalt	31.12.2012 in T€
Drohverlustrückstellungen	131.669
Altersteilzeit	86.502
Ausstehende Rechnungen	64.222
Brandschutz	36.939
Urlaub und Überstunden	31.497
Übergang von Straßenbaulasten	16.949
Haftpflichtversicherung	15.429
Abrechnungsverpflichtungen aus Energie- und Wasserlieferungen	13.830
Archivkosten	12.862
Prozesskosten und -risiken	9.714
Jubiläumszuwendungen	8.040
Dienstherrenwechsel/G131-Fälle	6.550
Übersteigerausgleich VRR	3.763
Rückzahlungsrisiken Investitionszuschüsse	3.702
Jahresabschlusskosten und Steuererklärungen	3.518
Erstattungen an Sozialleistungsträger	3.197
Mögliche Rückzahlungsverpflichtung von Fördermitteln für den Ausbau U3 Plätzen	2.449
Noch nicht verausgabte Mittel Schulgirokonten	2.137
Überzahlungen Landeszuweisung	1.845
Beihilfezahlungen	1.469
Lizenzentgelte	1.079
Berufsgenossenschaft	1.000

Bei den **Rückstellungen für drohende Verluste** werden im Wesentlichen Risiken für bestehende Erbbaurechtsverträge, Grabpflegelegate, Verdienstsicherung, Stromabnahmeverpflichtungen, Mehrerlöse aus Netznutzungsentgelten Gas aus Vorjahren sowie Kontingentverpflichtungen zur Anlieferung von Abfallmengen berücksichtigt.

Verbindlichkeiten

Weitere Angaben zu den Verbindlichkeiten sind in ► **Anlage 3 (Gesamtverbindlichkeitspiegel)** dargestellt.

Von den Verbindlichkeiten sind insgesamt 775.031 T€ durch Grundpfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert.

Die **Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen** betreffen im Wesentlichen die Kernverwaltung, DOGEWO21, DSW21, SVGrund, DEW21 und die KEB. Die Verringerung ist insbesondere in der Kernverwaltung, der DEW21 und der KEB begründet.

Die **Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung** betreffen kurzfristige Kontokorrente zur Finanzierung der laufenden Geschäftstätigkeit. Zunahmen waren insbesondere bei der Kernverwaltung und der DSW21 zu verzeichnen.

Die **Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen**, beinhalten im Wesentlichen Verpflichtungen aus Public Private Partnership – Modellen (50.910 T€).

In den **sonstigen Verbindlichkeiten** sind im Wesentlichen enthalten:

Sachverhalt	31.12.2012 in T€
Gesellschafterdarlehen	48.321
Steuerverbindlichkeiten	22.100
Verbindlichkeiten ggü. Beteiligungsunternehmen	15.312
Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	13.551
Zinsverbindlichkeiten	11.217
Nachzahlung Einheitslasten	5.722
Verbindlichkeiten aus Mehr-/Minderungenabrechnungen Erdgas	5.499
Verwahr- und Vorschusskonten	3.625
Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz	3.067
Zuschussrückforderungen	2.765
Verbindlichkeiten ggü. Sozialversicherungsträgern	2.466
Kreditorische Debitoren	2.223
Beiträge und Versicherungen	2.215
Grundstücksverkäufe	1.821
Studien- und Forschungsarbeiten	1.495
Gewerbesteuerumlage 2012; Schlusszahlung 2012	1.339
Finanzierungsbeteiligung Fonds. Dt. Einheit; Schlusszahlung 2012	1.301
Verbindlichkeiten ggü. Mitarbeitern	711

Der Wert der **sonstigen Verbindlichkeiten** zum 31.12.12 ist nicht mit dem Vorjahreswert vergleichbar, da das NKFWG einen gesonderten Ausweis der Position **erhaltene Anzahlungen** ab 2012 erforderlich macht und zum Teil Umgliederungen und Umbuchungen in diese neue Position erfolgten.

Die **erhaltenen Anzahlungen** bestehen im Wesentlichen aus:

Sachverhalt	31.12.2012 in T€
Noch nicht zweckentsprechend verwendete Zuwendungen für Investitionen	35.174
Betriebs- und Heizkosten	24.065
Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserlieferungen	18.681
Ablösebeträge auf Erschließungsbeiträge	17.616
Konsumtive Zuwendungen	10.384
Messen und Veranstaltungen	2.518

Bei Betrachtung der sonstigen Verbindlichkeiten und der erhaltenen Anzahlungen in Summe ergibt sich eine Verringerung der Verbindlichkeiten um 19.360 T€, die im Wesentlichen auf geringere erhaltene Anzahlungen aus Stromlieferungen beruht.

Der **Passive Rechnungsabgrenzungsposten** besteht im Wesentlichen aus:

Sachverhalt	31.12.2012 in T€
Grabnutzungsrechte	63.013
Landeszuschuss Verlustausgleich H-Bahn	3.101
Zuschuss vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe für die öffentliche Jugendhilfe	2.433
Pflegekostenvorauszahlungen	1.091
Vermietung von Lichtleiterwellenkabeln und Kabelkanälen	1.011

Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse

Zum Abschlussstichtag bestehen folgende Verpflichtungen:

Sachverhalt	31.12.2012 in T€
Zinssicherungsgeschäfte (Nominalwert / Marktwert)	769.876 / -40.473
Miet-, Pacht-, Wartungs- und Dienstleistungsverträge	376.046
Verbrennungsverträge	218.545
Bestellobligo	86.434
Anlieferungsverpflichtungen (bring or pay) ggü. HUI und MK-B-KG	70.158
Haftungsübernahme des Kapitaldienstes	25.500
Investitions- und Beteiligungsvertrag mit der Sparkasse Dortmund	20.000
Erschließungsverträge	2.735
Verpflichtungen aus Einlagen und Darlehnshingaben	2.694
Geschäftsbesorgungsverträge	1.957
PPP-Modelle	1.197
Leasingverträge	876

Bei den kostenrechnenden Einrichtungen (Gebührenhaushalte) der Kernverwaltung bestanden Kostenunterdeckungen, die auszugleichen sind, i.H.v. insgesamt 2.119 T€ (Rettungsdienst: 1.300 T€, Winterdienst: 595 T€, Straßenreinigung: 224 T€).

DSW21 und DEW21 sind mit jeweils 18 Prozent an der KSBG beteiligt, welche im Vorjahr 51 Prozent der STEAG GmbH (erste Tranche) erworben hat. Im Rahmen einer Option der KSBG für die verbliebenen 49 Prozent (zweite Tranche) haben DSW21 und DEW21 eine Garantie i.H.v. jeweils 34.200 T€ abgegeben. Es wird zum jetzigen Zeitpunkt davon ausgegangen, dass die Kauf- bzw. die Verkaufsoption bezüglich der zweiten Tranche von einer der beiden Vertragsparteien bis 2016 ausgeübt wird.

6. Angaben zur Gesamtergebnisrechnung

Die **Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben** erhöhten sich um 27.285 T€ auf 658.857 T€ und resultieren sämtlich aus Erträgen der Kernverwaltung. Dabei erhöhte sich der Gemeindeanteil an der Einkommen- / Umsatzsteuer um 13.077 T€ auf 213.598 T€ aufgrund höherer Steuereinnahmen auf Landesebene und die Grundsteuer um 11.821 T€ auf 98.006 T€. Hinzu kommt ein Anstieg der Erträge aus der Vergnügungssteuer auf Spielautomaten um 26.103 T€ auf 28.187 T€ aufgrund von gerichtlichen Urteilen zugunsten der Stadt Dortmund sowie höhere Erträge für Leistungen zur Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende von 6.833 T€ auf 23.936 T€ und Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich von 2.552 T€ auf 21.379 T€. Gegenläufig war ein Rückgang der Gewerbesteuer um 30.712 T€ auf 264.385 T€ aufgrund der konjunkturellen Lage und von Absetzungen aus Festsetzungen für Vorjahre.

Die **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** erhöhten sich um 44.448 T€ auf 675.627 T€. Darin enthalten ist ein Anstieg der Schlüsselzuweisungen vom Land um 30.759 T€ auf 428.824 T€ bei der Kernverwaltung. Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten verminderten sich um 3.786 T€ auf insgesamt 99.298 T€.

Die **sonstigen Transfererträge** nahmen um 17.445 T€ auf 91.784 T€ zu. Diese resultieren ausschließlich aus Erträgen der Kernverwaltung. Ursächlich für die Erhöhung sind im Wesentlichen höhere Erstattungen in den Bereichen „Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes“, „Hilfen für Zuwanderer“ und „Arbeitsgelegenheiten der Stadt Dortmund“.

Die **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte** erhöhten sich um 2.466 T€ auf 259.016 T€ und beinhalten Gebühren (247.552 T€), Beiträge (8.779 T€) und ähnliche Entgelte (2.685 T€).

Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** verteilen sich auf folgende Bereiche²:

	2012 in T€	2011 in T€
Versorgung	874.360	712.810
Gesundheit und Pflege	305.723	298.737
Verkehr	123.158	114.166
Wohnen	94.615	117.443
Entsorgung	65.637	63.281
Veranstaltung, Kultur und Freizeit	58.342	56.557
EDV und Kommunikation	24.326	23.794
Strukturentwicklung und Wirtschaftsförderung	18.142	18.410
Sonstige	19.686	23.414
Gesamt	1.583.989	1.428.612

² Zuordnung analog Beteiligungsbericht

Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** nahmen um 155.377 T€ zu. Dabei erhöhten sich insbesondere die Erträge im Versorgungsbereich aufgrund gestiegener Strom- und Erdgas- sowie Netznutzungsentgelterlöse. Die Erträge im Bereich Gesundheit und Pflege verbesserten sich infolge gestiegener Fallzahlen des Klinikums. Die Erträge im Bereich Verkehr erhöhten sich aufgrund Tarifierhöhungen und gestiegener Passagierzahlen. Dem stehen im Bereich Wohnen geringere Verkaufserlöse durch eine im Vergleich zum Vorjahr erheblich niedrigere Anzahl von Grundstücksverkäufen des PHOENIX See-Areals gegenüber.

Die **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** erhöhten sich um 18.614 T€ auf 79.010 T€ und beinhalten hauptsächlich Erträge der Kernverwaltung. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus höheren Erstattungsansprüchen des Jugendamtes im Bereich der erzieherischen und wirtschaftlichen Hilfen sowie des Schulverwaltungsamtes zur Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes.

In den **sonstigen ordentlichen Erträge** sind im Wesentlichen enthalten:

	2012 in T€
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	32.489
Ordnungsrechtliche Entgelte	10.301
Auflösung Baukostenzuschüsse	8.230
Auflösung Wertberichtigungen auf Forderungen	6.907
Verspätungszinsen nach § 233a Abgabenordnung (AO)	5.861
Säumniszuschläge auf Abgabeforderungen	5.316
Ausbuchung von Verbindlichkeiten	3.453
Gewinne aus der Veräußerung von Anlagegegenständen	3.288
Erträge des Instituts für Blutspendewesen	3.274
Steuerpflichtige Sachbezüge von Werksangehörigen	3.000
Schadensersatz	2.998
Gebäude-, Grundstücks-, Mieterträge	2.937
Personalkostenerstattungen für den Sicherheitsdienst	2.566
Mahngebühren und Verzugszinsen	2.073
Erträge aus Weiterbelastungen	1.151

Der Rückgang der **sonstigen ordentlichen Erträge** um 24.627 T€ auf 141.807 T€ ist im Wesentlichen auf die im Vorjahr gebuchten Auflösungen von Rückstellungen der Kernverwaltung und der DSW21 sowie im Vorjahr höherer Erträge aus Mehr-/Mindermengenabrechnungen Erdgas der DEW21-Netz und aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände der DSW21 zurückzuführen. Diese geringeren Erträge wurden nur teilweise durch höhere Erträge bei der DEW21 aus der Auflösung von Rückstellungen sowie der Ausbuchung von Verbindlichkeiten kompensiert.

Die **aktivierten Eigenleistungen** verminderten sich geringfügig um 1.374 T€ auf 22.274 T€.

Die **Bestandsveränderungen** nahmen um 648 T€ auf 2.419 T€ zu.

Die **Personalaufwendungen** erhöhten sich um 53.028 T€ auf 973.880 T€ im Wesentlichen aus den aufgrund von Tarifierhöhungen höheren Entgeltzahlungen bzw. durch Besoldungsanpassungen, erhöhten Zuführungen bei der DSW21 und DEW21 zu den Pensionsrückstellungen sowie einer erhöhten Zuführung zur Altersteilzeitrückstellung bei der DEW21.

Die **Versorgungsaufwendungen** verminderten sich um 30.730 T€ auf 88.344 T€. Dies ist im Wesentlichen damit begründet, dass bei der Kernverwaltung die im März 2011 vom Landtag beschlossenen Besoldungserhöhungen zum 01.04.2011 und 01.01.2012 bereits in 2011 für beide Jahre berücksichtigt worden sind.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** erhöhten sich um 156.768 T€ auf 1.253.560 T€. Den höheren Aufwendungen insbesondere durch erhöhte Strom- und Erdgasbezugskosten, als auch für den medizinischen Bedarf stehen gestiegene privatrechtliche Leistungsentgelte gegenüber. Gleichlaufend zu den geringeren privatrechtlichen Leistungsentgelten im Bereich Wohnen spiegeln sich auch geringere Aufwendungen für Grundstücksaufwendungen wieder. Bei der Kernverwaltung waren höhere Aufwendungen für soziale Dienstleistungen zu verzeichnen, denen höhere Erträge aus Kostenerstattungen und Zuwendungen gegenüberstanden. Außerdem werden hier 143.218 T€ Instandhaltungsaufwendungen und 129.819 T€ Bewirtschaftungsaufwendungen für eigene und gemietete bewegliche und unbewegliche Vermögensgegenstände ausgewiesen.

In den **bilanziellen Abschreibungen** sind außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen i.H.v. 7.135 T€ enthalten. Diese betreffen insbesondere Festwerte des Infrastrukturvermögens der Kernverwaltung. Von den außerplanmäßigen Abschreibungen auf Finanzanlagen entfallen auf die Beteiligungsbuchwerte der RW Holding AG und den an die RWH Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG (RWH KG) ausgeliehenen RW Holding-Aktien Abschreibungen i.H.v. 64.145 T€. Dahinter steht der Kurswert der RWE-Aktie am 31. Dezember 2012 von 31,24 €. Hinzu kommen die Abschreibungen auf die Beteiligungsbuchwerte der MHB i.H.v. 1.010 T€ sowie der Revierpark Wischlingen GmbH i.H.v. 139 T€. Die Abschreibungen auf das Umlaufvermögen i.H.v. 3.635 T€ beinhalten im Wesentlichen Abschreibungen auf Vorräte.

Die **Transferaufwendungen** erhöhten sich um 21.105 T€ auf 695.626 T€ und bestehen größtenteils bei der Kernverwaltung. Die Aufwendungen entstanden hauptsächlich für Hilfen bei wirtschaftlicher Bedürftigkeit (271.568 T€), für die Umlage an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe (152.911 T€), für die Erziehung und wirtschaftliche Hilfen im Bereich des Jugendamtes (116.711 T€), für Hilfen zur Gesundheit, zur Pflege und für Menschen mit Behinderung (73.194 T€) sowie für Hilfen für Zuwanderer (10.273 T€). Der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen durch höhere Aufwendungen für die Umlage an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe und für Hilfen bei wirtschaftlicher Bedürftigkeit begründet.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** bestehen hauptsächlich aus:

	2012 in T€
Mieten und Pachten	23.836
EDV-Kosten	17.481
Steueraufwendungen	15.943
diverse Verwaltungskosten	10.969
Zuführungen zu den Rückstellungen*	9.410
Fördermittel nach Krankenhausgestaltungsgesetz	8.468
Rechts-, Beratungs- und Jahresabschlusskosten	7.701
Versicherungsbeiträge	6.952
Sonstige Personalaufwendungen	6.107
Zinsaufwendungen für Gewerbesteuer nach § 233a AO	5.799
Personalkostenerstattungen	5.428
Beiträge Unfallkasse	5.209
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	3.361

* ohne Kernverwaltung

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** erhöhten sich um 16.393 T€ auf 270.632 T€. Im Vorjahr wurden Aufwendungen aus Einzelwertberichtigungen auf Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen unter den bilanziellen Abschreibungen ausgewiesen. Diese werden in 2012 unter den sonstigen ordentlichen Aufwendungen erfasst.

Das **Finanzergebnis** weist folgende Zusammensetzung auf:

	2012 in T€	2011 in T€
Finanzerträge (gesamt)	47.176	47.166
Zinsen und ähnliche Erträge	26.781	22.724
Beteiligungserträge	14.555	19.720
Übrige Finanzerträge	5.603	4.472
Erträge aus Gewinnabführungen / Verlustübernahmen	237	250
Erträge aus assoziierten Unternehmen	104.876	126.635
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen (gesamt)	-129.357	-131.053
Andere Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-120.630	-125.014
Aufwendungen aus Gewinnabführungen / Verlustübernahmen	-8.727	-6.039
Aufwendungen aus assoziierten Unternehmen	0	-500
Finanzergebnis Gesamt	22.695	42.248

Das **Finanzergebnis** verminderte sich um 19.553 T€ insbesondere aufgrund geringerer Erträge aus assoziierten Unternehmen. Unter dieser Position werden die im Konzern nach der Equity-Methode ermittelten Anteile an den Jahresüberschüssen 2012 der RWEB mit 63.472 T€ (im Vorjahr: 106.057 T€), der KSBG mit 21.800 T€ (im Vorjahr: Aufwand 500 T€), der WGW mit 19.221 T€ (im Vorjahr: 20.477 T€) und der Stw. Schwerte mit 383 T€ (im Vorjahr: 101 T€) ausgewiesen.

Anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis

Das **anderen Gesellschaftern zuzurechnende Ergebnis** setzt sich wie folgt zusammen:

	2012 in T€	2011 in T€
Anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn bei:	16.029	52.871
KEB	0	39.611
DEW21	11.539	9.028
MVA-E	4.228	3.953
DOGEWO21	224	228
DOKOM21	38	51
Anderen Gesellschaftern zustehender Verlust bei:	-17.957	-118
KEB	-17.957	0
DEW21	0	-118

7. Sonstige Angaben

Anzahl der Beschäftigten

Die Beschäftigtenanzahl setzt sich folgendermaßen zusammen:

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt*	2012	2011
nach Köpfen	19.168	19.090
Mitglieder des Vorstands, der Geschäftsführung und der Betriebsleitung	54	57
Auszubildende	695	708

*Zahlen nach Angaben der voll zu konsolidierenden verbundenen Unternehmen/Sondervermögen; Änderung der Berechnungssystematik bei FABIDO im Vergleich zum Vorjahr

Vorgänge von besonderer Bedeutung

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage nach dem Abschlussstichtag sind nicht eingetreten.

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Schuldens-, Ertrags- und Finanzgesamtlage zwischen dem abweichenden Geschäftsjahr des Theaters und des Konzerthauses (31.07.) und dem Gesamtabchlussstichtag sind nicht eingetreten.

8. Erweiterung des Gesamtanhangs

Die **Kapitalflussrechnung 2012** (nach Deutschem Rechnungslegungsstandard Nr. 2) stellt sich wie folgt dar:

Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	2012 in T€	2011 in T€
1. Gesamtergebnis aus laufender Geschäftstätigkeit (Gesamtjahresergebnis vor außerordentlichen Posten)	-104.847	-59.515
2. Abschreibungen / Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	356.647	293.938
3. Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	21.303	37.098
4. Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge	-190.228	-156.113
5. Gewinn / Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	139	387
6. Zunahme / Abnahme der Vorräte, Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-82.855	83.810
7. Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	149.887	-17.067
8. Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	150.046	182.538

Cashflow aus laufender Investitionstätigkeit	2012 in T€	2011 in T€
9. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	8.179	24.057
10. Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-219.278	-260.173
11. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	188	-70
12. Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-6.487	-4.040
13. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	124.706	77.546
14. Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-183.388	-233.008
15. Einzahlungen für Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträgen sowie Sonstigen Sonderposten	68.201	49.928
16. Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzmitteldisposition	11.797	3.817
17. Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzmitteldisposition	-3.817	-2.563
18. Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit	-199.899	-344.506

Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	2012 in T€	2011 in T€
19. Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	-46.938	-61.994
20. Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	10.579.929	12.779.604
21. Auszahlung aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-10.518.893	-12.574.703
22. Mittelzufluss aus Finanzierungstätigkeit	14.098	142.907
23. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-35.755	-19.061
24. Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	-412	25
25. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	164.677	183.713
26. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	128.510	164.677

Der Finanzmittelfonds besteht aus der Summe der liquiden Mittel (128.510 T€) der Konzernorganisationen. Der Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit (14.098 T€) und der laufenden Geschäftstätigkeit (150.046 T€) von insgesamt 164.144 T€ konnte den Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit von 199.899 T€ um 35.755 T€ nicht decken. Hinzu kommt eine Verringerung des Finanzmittelfonds um 412 T€ aus der Endkonsolidierung der DOWERT. Der Finanzmittelfonds verringerte sich demzufolge um 36.167 T€.

Gesamtanlagenspiegel

Gesamtanlagenspiegel der Stadt Dortmund 2012									
Art des Anlagevermögens	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen			Buchwert	
	Stand 31.12.2011	Zugänge 2012	Abgänge 2012	Umbuchungen 2012	Abschreibungen 2012	Zuschreibungen 2012	Kumulierte Abschreibungen (auch aus Vorjahren)	am 31.12.2012	am 31.12.2011
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		+	-	+/-	-	+	-		
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	70.972.674,99	4.767.342,95	-793.212,68	318.442,94	-5.108.415,27	0,00	-58.097.593,81	17.167.654,39	17.413.536,23
2. Sachanlagen	10.162.933.343,16	227.671.159,46	-87.303.508,66	-836.498,33	-286.155.306,35	0,00	-3.662.630.172,93	6.639.834.322,70	6.740.266.962,97
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	798.859.046,03	5.330.488,22	-20.337.524,07	-4.012.165,83	-5.889.560,04		-85.078.032,59	694.761.811,76	711.374.923,26
2.1.1 Grünflächen	445.550.321,60	3.482.942,54	-9.073.634,19	-7.428.064,86	-5.739.040,10		-84.369.590,07	348.161.975,02	358.588.833,80
2.1.2 Ackerland	42.676.976,27	19.601,22	-70.753,74	254.256,38			-54.775,87	42.825.304,26	42.621.911,88
2.1.3 Wald, Forsten	14.695.668,45	24.415,67	-211.985,39	483.104,70	-13.888,29		-14.804,12	14.976.399,31	14.652.428,23
2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	295.936.079,71	1.803.528,79	-10.981.150,75	2.678.537,95	-136.631,65		-638.862,53	288.798.133,17	295.511.749,35
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	3.430.239.309,00	53.409.788,53	-31.129.763,07	113.814.661,16	-88.970.745,37		-1.104.833.467,82	2.461.500.527,80	2.401.963.270,01
2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	96.822.043,25	3.139.600,67	-4.728,27	923.556,89	-2.473.579,09		-16.355.049,43	84.525.423,11	82.948.291,42
2.2.2 Schulen	909.267.510,16	7.075.888,66	-21.892.685,17	20.274.019,99	-27.174.285,41		-174.321.793,03	740.402.940,61	757.154.853,42
2.2.3 Wohnbauten	795.633.201,08	15.377.551,34	-687.569,17	276.644,97	-13.970.845,26		-324.054.956,74	486.544.871,48	485.376.798,26
2.2.4 Krankenhäuser	199.124.060,67	11.921.533,94		56.960.413,11	-5.718.134,50		-105.283.479,20	162.722.528,52	99.558.715,97
2.2.5 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	1.429.392.493,84	15.895.213,92	-8.544.780,46	35.380.026,20	-39.633.901,11		-484.818.189,42	987.304.764,08	976.924.610,94
2.3 Infrastrukturvermögen	4.700.055.690,10	49.054.185,20	-5.231.121,60	24.994.793,03	-132.447.305,34		-1.760.364.309,08	3.008.509.237,65	3.069.270.657,06
2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	546.530.826,85	2.287.664,99	-1.877.511,91	2.836.182,92	-616.493,75		-18.065.992,60	531.711.170,25	528.939.933,92
2.3.2 Brücken und Tunnel	370.336.148,56	1.518.446,33	-1,00	2.676.823,41	-6.222.372,57		-115.454.610,69	259.076.806,61	261.103.958,03
2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	566.318.842,39	3.898.813,44	-451.428,55	524.861,61	-24.142.668,87		-175.246.843,14	395.044.245,75	414.878.713,62
2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	943.901.504,75	7.319.021,41	-469.895,88	4.483.353,40	-19.024.438,88		-129.881.840,17	825.352.143,51	832.963.379,71
2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	378.880.162,07	5.900.857,41	-81.829,33	6.618.044,57	-16.452.502,71		-114.265.601,72	277.051.633,00	281.005.122,44
2.3.6 Stromversorgungsanlagen	912.478.949,79	7.509.595,44	-1.357.100,37	1.505.129,17	-37.782.022,48		-489.722.051,84	430.414.522,19	459.181.820,06
2.3.7 Gasversorgungsanlagen	284.819.485,16	6.429.940,78	-366.066,01	876.179,48	-5.573.145,19		-228.811.867,58	62.947.671,83	61.214.696,76
2.3.8 Wasserversorgungsanlagen	244.466.333,18	11.724.317,69	-362.599,89	2.927.098,33	-6.113.878,61		-177.471.313,48	81.283.835,83	72.746.298,42
2.3.9 Abfallentsorgungsanlagen	89.048.210,46				-4.589.244,00		-68.180.219,46	20.867.991,00	25.457.235,00
2.3.10 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	363.275.226,89	2.465.527,71	-264.688,66	2.547.120,14	-11.930.538,28		-243.263.968,40	124.759.217,68	131.779.499,10
2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden	973.677,37	51.175,69	-4.254,25	6.296,13	-54.642,84		-241.196,49	785.698,45	786.410,15
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	23.748.880,54	292.603,98	-270,88	27,00	-3.389,27		-6.922.234,81	17.119.005,83	16.830.035,00
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	535.964.572,12	18.539.946,69	-14.369.255,38	16.007.233,18	-30.955.991,55		-374.129.477,67	182.013.018,94	183.265.575,74
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	420.131.749,64	32.286.783,99	-14.340.285,87	2.831.754,02	-27.833.671,94		-329.848.053,52	111.061.948,26	105.599.039,27
2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	252.960.418,36	68.706.187,16	-1.891.033,54	-154.479.097,02			-1.213.400,95	164.083.074,01	251.177.052,48
3. Finanzanlagen	3.275.163.102,00	201.007.812,22	-134.427.595,81	0,00	-65.383.613,20	0,00	-78.535.418,89	3.263.207.899,52	3.261.700.358,75
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen ^{*1}	36.139.346,85	77.750,00	-197.036,89		-1.046.561,39		-9.673.752,83	26.346.307,13	27.369.859,00
3.2 Anteile an assoziierten Unternehmen	1.907.078.532,68	23.522.607,10	-12.692.465,06					1.917.908.674,72	1.907.078.532,68
3.3 Beteiligungen	209.148.675,15	1.846.749,95	-104.984,43		-64.139.566,24		-66.741.323,58	144.149.117,09	206.457.107,95
3.4 Sondervermögen	13.968.099,48	254.804,48			0,00			14.222.903,96	13.968.099,48
3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	671.517.702,06	46.780.567,41	-30.001.208,30					688.297.061,17	671.517.702,06
3.6 Ausleihungen	437.310.745,78	128.525.333,28	-91.431.901,13		-197.485,57		-2.120.342,48	472.283.835,45	435.309.057,58
3.6.1 an verbundene Unternehmen	5.452.988,48	1.400.000,00	-1.743.483,41					5.109.505,07	5.452.988,48
3.6.2 an Beteiligungen	207.848.196,41	19.274.598,91	-1.016.345,87		-197.101,00		-1.457.101,00	224.649.348,45	206.588.196,41
3.6.3 Sonstige Ausleihungen	224.009.560,89	107.850.734,37	-88.672.071,85		-384,57		-663.241,48	242.524.981,93	223.267.872,69
Summe des Anlagevermögens	13.509.069.120,15	433.446.314,63	-222.524.317,15	-518.055,39	-356.647.334,82	0,00	-3.799.263.185,63	9.920.209.876,61	10.019.380.857,95

^{*1} Die DOWERT Dortmunder Wertstoffgesellschaft mbH wurde zum 01.01.2012 endkonsolidiert und wird ab 2012 als verbundenes Unternehmen von untergeordneter Bedeutung behandelt.

Gesamtrückstellungsspiegel

Gesamtrückstellungsspiegel der Stadt Dortmund 2012

Art der Rückstellungen	Veränderungen im Haushaltsjahr				Gesamtbetrag am 31.12.2012
	Gesamtbetrag am 31.12.2011	Zuführung	Inanspruchnahme	Auflösung	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Pensionsrückstellungen	1.685.617.670,29	118.590.502,00	-84.460.963,54	-1.523.853,49	1.718.223.355,26
2. Rückstellungen für Deponien und Altlasten	203.290.222,98	3.631.070,77	-3.087.367,12	-4.377.308,79	199.456.617,84
3. Instandhaltungsrückstellungen	29.970.697,04	14.527.805,46	-8.427.925,45	-2.265.105,96	33.805.471,09
4. Steuerrückstellungen	26.460.352,27	4.949.745,86	-17.616.534,26	-408.251,47	13.385.312,40
5. Sonstige Rückstellungen	483.811.676,65	164.320.798,10	-138.083.056,77	-24.466.596,10	485.582.821,88
Summe der Rückstellungen	2.429.150.619,23	306.019.922,19	-251.675.847,14	-33.041.115,81	2.450.453.578,47

Gesamtverbindlichkeitspiegel

Gesamtverbindlichkeitspiegel der Stadt Dortmund 2012

Art der Verbindlichkeiten	Gesamtbetrag am 31.12.2012	mit einer Restlaufzeit von		
		bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahren	mehr als 5 Jahren
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	2.364.733.813,70	322.037.373,96	727.673.417,43	1.315.023.022,31
2. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.470.312.518,48	964.312.518,48	506.000.000,00	0,00
3. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	51.094.616,01	2.622.714,61	11.034.397,62	37.437.503,78
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	111.604.441,97	111.127.388,84	476.803,13	250,00
5. Sonstige Verbindlichkeiten	162.558.348,00	95.024.195,37	63.233.367,01	4.300.785,62
6. Erhaltene Anzahlungen	152.680.198,31	151.727.371,53	952.826,78	0,00
Summe der Verbindlichkeiten	4.312.983.936,47	1.646.851.562,79	1.309.370.811,97	1.356.761.561,71
Nachrichtlich anzugeben:				
Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten	59.998.107,24			
davon: Bürgschaften	32.805.807,24			
davon: Patronatserklärungen	27.192.300,00			

Gesamtlagebericht

2012

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung	- 1 -
2. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Gesamtlage	- 1 -
a) Ertragslage	- 3 -
b) Vermögens- und Schuldenlage	- 8 -
3. Voraussichtliche Entwicklung mit Chancen und Risiken	- 9 -
4. Betrauungen im Vollkonsolidierungskreis der Stadt Dortmund	- 21 -
5. Kennzahlen zur Gesamtlage	- 22 -
6. Mitgliedschaften des Verwaltungsvorstandes und der Ratsmitglieder	- 24 -

1. Einleitung

Im vorliegenden Gesamtabchluss wurden die Kernverwaltung, neun städtische Sondervermögen, 16 voll zu konsolidierende verbundene Unternehmen sowie vier assoziierte Unternehmen einbezogen.

Während der Einzelabschluss der Gemeinde dem Nachweis über die Bewirtschaftung des Haushaltsplans und der Herstellung des Haushaltsausgleichs dient, hat der Gesamtabchluss im Wesentlichen Informationsfunktion. Er legt Rechenschaft ab über die tatsächliche Aufgabenerledigung und die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde unter Einbeziehung ihrer verselbstständigten Aufgabenbereiche im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Dem Prinzip des handelsrechtlichen Konzernabschlusses folgend hat der Gesamtabchluss die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde und ihrer verselbstständigten Aufgabenbereiche so darzustellen, als ob es sich um eine wirtschaftliche Einheit handeln würde. Zu diesem Zweck sind alle internen Beziehungen zwischen der Kernverwaltung und den einbezogenen Konzernorganisationen zu eliminieren.

Hervorzuheben ist, dass insbesondere die Kernverwaltung - trotz wirtschaftlich schwieriger Rahmenbedingungen der Kommunen - durch diszipliniertes Wirtschaften die Handlungsfähigkeit der Stadt Dortmund weiterhin gewährleistet.

Für nähere Informationen zu den einzelnen Beteiligungen der Stadt Dortmund wird auf den Beteiligungsbericht 2012 / 2013 verwiesen.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Gesamtlage

Die Stadt Dortmund steht wie viele andere Kommunen in Nordrhein-Westfalen seit vielen Jahren unter erhöhtem Sparzwang. Dieser Konsolidierungsdruck hat mittlerweile auch die städtischen Beteiligungen erreicht, so dass auch diese zur Haushaltskonsolidierung beitragen.

Die Stadt Dortmund ist derzeit die einzige Großstadt im Ruhrgebiet, die sich nicht in der Haushaltssicherung befindet.

Die Geschäftstätigkeit des Konzerns Stadt Dortmund umfasste im Geschäftsjahr 2012 neben den Pflichtaufgaben der kommunalen Selbstverwaltung auch eine Vielzahl von freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben, wie zum Beispiel den öffentlichen Personennahverkehr, die Gas- und Wasserversorgung der Dortmunder Bevölkerung, die Durchführung von Messen, den Betrieb von Sportstätten, Theatern und Museen, die Wohnraumbewirtschaftung und Telekommunikationsdienstleistungen.

Die Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung wurden im Geschäftsjahr 2012 neben der Kernverwaltung selbst im Wesentlichen durch neun städtische Sondervermögen sowie die 16 folgenden Tochtergesellschaften wahrgenommen.

- DOGA Dortmunder Gesellschaft für Abfall mbH (DOGA)
- DOGEWO Dortmunder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH (DOGEWO21)
- DOKOM Gesellschaft für Telekommunikation mbH (DOKOM21)
- Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH (DEW21)
- Dortmunder Energie- und Wasserversorgung-Netz GmbH (DEW21-Netz)
- Dortmunder Hafen AG (Hafen)
- Dortmunder Stadtwerke AG (DSW21)
- EDG Entsorgung Dortmund GmbH (EDG)
- EDG Holding GmbH (EDG Holding)
- Flughafen Dortmund GmbH (Flughafen)
- KEB Holding AG (KEB)
- Klinikum Dortmund gGmbH (Klinikum)
- Konzerthaus Dortmund GmbH (Konzerthaus)
- MVA Hamm-Eigentümer GmbH (MVA-E)
- Städt. Seniorenheime Dortmund gGmbH (Seniorenheime)
- Westfalahallen Dortmund GmbH (Westfalahallen).

a) Ertragslage

Den nachfolgenden Ausführungen über die Ertragslage sowie deren Veränderung liegt die Gesamtergebnisrechnung des Berichtsjahres sowie des Vorjahres zugrunde.

Ergebnisstruktur	2012		2011		Veränderung	
	in T€	in %	in T€	in %	in T€	in %
Steuern und ähnliche Abgaben	658.857	18,7	631.573	19,3	27.284	4,3
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	675.626	19,2	631.179	19,3	44.447	7,0
Sonstige Transfererträge	91.784	2,6	74.339	2,3	17.445	23,5
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	259.016	7,4	256.550	7,8	2.466	1,0
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.583.989	45,1	1.428.612	43,6	155.377	10,9
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	79.010	2,3	60.396	1,8	18.614	30,8
Sonstige ordentliche Erträge	141.807	4,0	166.434	5,1	-24.627	-14,8
Aktivierete Eigenleistungen/Bestandsveränderungen	24.693	0,7	25.419	0,8	-726	-2,9
ordentliche Gesamterträge	3.514.782	100,0	3.274.502	100,0	240.280	7,3
Personalaufwendungen	-973.880	-27,7	-920.852	-28,1	-53.028	-5,8
Versorgungsaufwendungen	-88.344	-2,5	-119.074	-3,6	30.730	25,8
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.253.559	-35,7	-1.096.792	-33,5	-156.767	-14,3
Bilanzielle Abschreibungen	-360.282	-10,2	-310.787	-9,5	-49.495	-15,9
Transferaufwendungen	-695.626	-19,8	-674.521	-20,6	-21.105	-3,1
Sonstige ordentliche Aufwendungen	-270.632	-7,7	-254.239	-7,8	-16.393	-6,4
ordentliche Gesamtaufwendungen	-3.642.323	-103,6	-3.376.265	-103,1	-266.058	-7,9
ordentliches Gesamtergebnis	-127.541	-3,6	-101.763	-3,1	-25.778	-25,3
Gesamtfinanzergebnis	22.695	0,6	42.248	1,3	-19.553	-46,3
Gesamtergebnis der lfd. Geschäftstätigkeit/						
Gesamtjahresfehlbetrag	-104.846	-3,0	-59.515	-1,8	-45.331	
Anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis	1.927	0,1	-52.753	-1,6	54.680	103,7
Gesamtjahresfehlbetrag der Stadt Dortmund	-102.919	-2,9	-112.268	-3,4	9.349	8,3

Der auf die Stadt Dortmund entfallende Gesamtjahresfehlbetrag beträgt für 2012 – 102.919 T€ und hat sich somit gegenüber dem Vorjahr um 9.349 T€ verbessert.

Ursache dafür ist das um + 54.680 T€ veränderte anderen Gesellschaftern zuzurechnende Ergebnis. Die höheren ordentlichen Gesamtaufwendungen (- 266.058 T€) konnten nicht durch höhere ordentliche Gesamterträge (+ 240.280 T€) kompensiert werden. Das Gesamtfinanzergebnis verringerte sich um -19.553 T€. Da die Stadt Dortmund nicht an allen Beteiligungsunternehmen des Vollkonsolidierungskreises zu 100 % beteiligt ist, ist den Minderheitsgesellschaftern ein Verlust in Höhe von 1.927 T€ von den Jahresergebnissen zuzurechnen.

Die Ertragslage im Konzern Stadt Dortmund ist, wie schon im Kernhaushalt, stark defizitär.

Die **Steuern und ähnlichen Abgaben** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr insbesondere aufgrund eines höheren Gemeindeanteils an der Einkommen- und Umsatzsteuer, gestiegener Erträge aus Vergnügungssteuer für Spielautomaten sowie höherer Erträge aus Grundsteuern.

Der Anstieg der **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** ist vor allem auf höhere Schlüsselzuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Kernverwaltung zurückzuführen.

Die **sonstigen Transfererträge** nahmen infolge höherer Erstattungen in den Bereichen „Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes“, „Hilfen für Zuwanderer“ und „Arbeitsgelegenheiten der Stadt Dortmund“ zu.

Die **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte** weisen eine geringfügig positive Veränderung auf und liegen in etwa auf dem Niveau des Vorjahres.

Der starke Anstieg der **privatrechtlichen Leistungsentgelte** ist vor allem in höheren Erlösen der DEW21 im Versorgungsbereich für Strom und Erdgas begründet. Unterstützt wird die Entwicklung durch höhere Netznutzungsentgelte bei DEW21-Netz. Weitere Verbesserungen ergaben sich aus erhöhten Erlösen des Klinikums infolge gestiegener Fallzahlen.

Die **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** erhöhten sich infolge höherer Erstattungsansprüche der Kernverwaltung im Bereich der erzieherischen und wirtschaftlichen Hilfen beim Jugendamt sowie beim Schulverwaltungsamt im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes.

Die **sonstigen ordentlichen Erträge** verringerten sich im Wesentlichen aufgrund deutlich gesunkener Rückstellungsaufösungen bei der Kernverwaltung und DSW21.

Die **aktivierten Eigenleistungen** sowie die **Bestandsveränderungen** veränderten sich unwesentlich und liegen auf dem Niveau des Vorjahres.

Der deutliche Anstieg der **Personalaufwendungen** ist vornehmlich auf Tarifsteigerungen bzw. Besoldungsanpassungen zurückzuführen. Hinzu kommen deutlich erhöhte Zuführungen der Personal betreffenden Rückstellungen bei DSW21 und DEW21.

Der deutliche Rückgang der **Versorgungsaufwendungen** ist vor allem auf im Vorjahr bei der Kernverwaltung berücksichtigten Tarifanpassungen für die Jahre 2011 und 2012 zurückzuführen.

Der starke Anstieg der **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** hängt vornehmlich mit dem Anstieg der privatrechtlichen Leistungsentgelte zusammen: Vor allem höhere Bezugskosten infolge höherer Absätze in den Bereichen Strom und Erdgas bei DEW21 und DEW21-Netz sowie höhere Aufwendungen für medizinische Bedarfe beim Klinikum schlugen sich hier nieder.

Die deutliche Erhöhung der **bilanziellen Abschreibungen** ist im Wesentlichen auf außerplanmäßige Abschreibungen bei der KEB infolge von Kursverlusten der RWE-Aktien zurückzuführen.

Die **Transferaufwendungen** stiegen insbesondere aufgrund höherer Aufwendungen bei der Kernverwaltung für die Umlage an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe und für Hilfen bei wirtschaftlicher Bedürftigkeit.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** beinhalten im Berichtsjahr erstmals Aufwendungen aus Einzelwertberichtigungen auf Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen. Bereinigt um diesen Effekt veränderten sich die sonstigen ordentlichen Aufwendungen nur geringfügig.

Das **Finanzergebnis** verminderte sich bei nahezu gleichbleibenden Zinserträgen und –aufwendungen vor allem in Folge geringerer Erträge aus assoziierten Unternehmen.

Wesentlichen Einfluss auf das Gesamtergebnis hatten dabei die folgenden Entwicklungen:

Das Ergebnis der **Kernverwaltung** (-58.075 T€) verbesserte sich unter anderem infolge gestiegener Steuereinnahmen und Zuwendungen: Die Steigerung der Steuereinnahmen ist vornehmlich auf erhöhte Vergnügungssteuererträge auf Spielautomaten zurückzuführen, die Steigerung der Zuwendungen liegt insbesondere in höheren Schlüsselzuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen begründet. Weiterhin erhöhten sich die sonstigen Transfererträge und Kostenerstattungen infolge höherer Kostenbeiträge anderer Träger

deutlich. Gestiegene Sach- und Dienstleistungsaufwendungen im Bereich „Soziales“ sowie durch gestiegene Umlagen bedingte höhere Transferaufwendungen konnten somit kompensiert werden.

Das Ergebnis der **DSW21** (832 T€) verschlechterte sich durch erhöhte Personalaufwendungen sowie gestiegene Aufwendungen für Altersversorgung. Darüberhinaus ist das Ergebnis durch geringere Verkaufserlöse aus dem Projekt PHOENIX See belastet.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der **DEW21** verschlechterte sich auf 67.963 T€. Ursächlich für den Ergebnismrückgang waren trotz teils deutlicher Absatzsteigerungen vor allem höhere Zuführungen zu Personalrückstellungen sowie das rückläufige Beteiligungsergebnis. Aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrages war DSW21 mit 40.507 T€ am wirtschaftlichen Erfolg beteiligt.

Das Ergebnis des **Flughafens** (-18.499 T€) vor Verlustausgleich durch die DSW21 verbesserte sich infolge höherer Umsatzerlöse, die in einem Anstieg der Passagierzahlen und der neuen Entgeltordnung begründet sind.

Das Ergebnis des **Hafens** (1.180 T€) vor Gewinnabführung an DSW21 verschlechterte sich geringfügig.

Das Ergebnis der **DOGEWO21** (2.384 T€) blieb bei einem geringfügig geänderten Bestand an Wohnungen und anderen Mietobjekten nahezu konstant.

Das Ergebnis der **DOKOM21** (2.752 T€) vor Gewinnabführung an die DSW21 und der Garantiedividende an andere Gesellschafter hat sich vor allem bedingt durch gestiegene Personal- und Materialaufwendungen verringert, die auch nicht von höheren Umsatzerlösen kompensiert werden konnten. Neben den klassischen Telekommunikationsleistungen werden seit 2012 auch Mobilfunkleistungen vermarktet.

Aufgrund der Ausgliederung des operativen Bereiches auf die EDG ist das Ergebnis der **EDG Holding** (7.874 T€) geprägt durch die Beteiligungserträge der im Entsorgungsbereich tätigen Tochtergesellschaften. Der Umsatz im Teilkonzern konnte insbesondere aufgrund höherer Erlöse aus der Abfallsammlung bei der **EDG** gesteigert werden. Infolgedessen stieg das

Ergebnis der im kommunalen Pflichtgeschäft tätigen EDG auf 1.335 T€ vor Gewinnabführung an die EDG Holding.

Das Ergebnis der **DOGA** (898 T€) entwickelte sich trotz der negativen Preisentwicklung in der Branche der Wertstoffvermarktung ebenfalls positiv. Dies liegt vor allem an einem Ausbau der Vertriebstätigkeit und einer Mengensteigerung im Bereich der Gewerbeabfälle.

Das Jahresergebnis der **Westfalenhallen** (0 T€) verbesserte sich vornehmlich aufgrund einer positiven Entwicklung in den Bereichen Messe und Veranstaltungsgastronomie.

Das Ergebnis des **Klinikums** (-6.372 T€) verschlechterte sich vor allem aufgrund gestiegener Personalaufwendungen sowie höherer betrieblicher Aufwendungen. Trotz gestiegener Patientenzahlen konnten die Umsatzerlöse die gestiegenen Aufwendungen nicht kompensieren.

Das Ergebnis des **Konzerthauses** (-4.846 T€) war nahezu unverändert: Geringere Zuwendungen konnten im Wesentlichen durch leicht erhöhte Umsatzerlöse infolge einer höheren Veranstaltungszahl sowie durch gesunkene Veranstaltungsaufwendungen kompensiert werden.

Aufgrund gestiegener Miet- und Pachteinahmen verbesserte sich das Ergebnis des **SV Grund** (-3.081 T€).

Das Ergebnis des **SVTZ** (-691 T€) war im Vergleich zum Vorjahr geprägt durch eine weniger zufriedenstellende Entwicklung für den Standort und die ansässigen Kompetenzzentren.

Aufgrund der dauerhaft defizitären Tätigkeit waren die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen **Theater**, **Kulturbetriebe** sowie **SFB** auch in 2012 auf städtische Betriebskostenzuschüsse angewiesen. Da die Betriebskostenzuschüsse die Aufwendungen nicht in voller Höhe kompensierten, ergaben sich zusätzlich Jahresfehlbeträge von insgesamt -2.912 T€.

b) Vermögens- und Schuldenlage

Den nachfolgenden Ausführungen über die Vermögens- und Schuldenlage sowie deren Veränderung liegt die Gesamtbilanz des Berichtsjahres sowie des Vorjahres zugrunde.

Vermögensstruktur	31.12.2012		31.12.2011		Veränderung	
	in T€	in %	in T€	in %	in T€	in %
Anlagevermögen	9.920.210	90,8	10.019.381	91,1	-99.171	-1,0
Immaterielle Vermögensgegenstände	17.168	0,2	17.414	0,2	-246	-1,4
Sachanlagen	6.639.834	60,8	6.740.267	61,3	-100.433	-1,5
Unbebaute u. bebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte, Bauten auf fremden Boden	3.157.048	28,9	3.114.124	28,3	42.924	1,4
Infrastrukturvermögen	3.008.509	27,5	3.069.271	27,9	-60.762	-2,0
Maschinen u. technische Anlagen, Fahrzeuge	182.013	1,7	183.266	1,7	-1.253	-0,7
Betriebs- u. Geschäftsausstattung, Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	128.181	1,2	122.429	1,1	5.752	4,7
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	164.083	1,5	251.177	2,3	-87.094	-34,7
Finanzanlagen	3.263.208	29,8	3.261.700	29,6	1.508	0,0
Anteile an verbundenen Unternehmen	26.346	0,2	27.370	0,2	-1.024	-3,7
Anteile an assoziierten Unternehmen	1.917.909	17,6	1.907.078	17,3	10.831	0,6
Beteiligungen	144.149	1,3	206.457	1,9	-62.308	-30,2
Sondervermögen	14.223	0,1	13.968	0,1	255	1,8
Wertpapiere des Anlagevermögens	688.297	6,3	671.518	6,1	16.779	2,5
Ausleihungen	472.284	4,3	435.309	4,0	36.975	8,5
Umlaufvermögen	944.216	8,6	931.552	8,4	12.664	1,4
Vorräte	287.518	2,6	288.660	2,6	-1.142	-0,4
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	504.539	4,6	452.608	4,1	51.931	11,5
Wertpapiere des Umlaufvermögens	23.649	0,2	25.607	0,2	-1.958	-7,6
Liquide Mittel	128.510	1,2	164.677	1,5	-36.167	-22,0
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	60.204	0,6	53.767	0,5	6.437	12,0
Gesamtbilanzsumme	10.924.630	100,0	11.004.700	100,0	-80.070	-0,7

Kapitalstruktur	31.12.2012		31.12.2011		Veränderung	
	in T€	in %	in T€	in %	in T€	in %
Eigenkapital	2.632.573	24,1	2.784.757	25,3	-152.184	-5,5
Sonderposten	1.454.353	13,3	1.506.483	13,7	-52.130	-3,5
Rückstellungen	2.450.454	22,4	2.429.151	22,1	21.303	0,9
Pensionsrückstellungen	1.718.223	15,7	1.685.618	15,3	32.605	1,9
Übrige Rückstellungen	732.231	6,7	743.533	6,8	-11.302	-1,5
Verbindlichkeiten	4.312.983	39,5	4.210.135	38,2	102.848	2,4
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	2.364.734	21,6	2.419.026	22,0	-54.292	-2,2
Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.470.312	13,5	1.323.636	12,0	146.676	11,1
Übrige Verbindlichkeiten	477.937	4,4	467.473	4,2	10.464	2,2
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	74.267	0,7	74.174	0,7	93	0,1
Gesamtbilanzsumme	10.924.630	100,0	11.004.700	100,0	-80.070	-0,7

Die Bilanzsumme verringerte sich um 80.070 T€ auf 10.924.630 T€. Die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) beträgt 24,1 % und verringerte sich im Wesentlichen aufgrund des Gesamtjahresfehlbetrages von 102.919 T€ sowie des geringeren Ausgleichspostens für Anteile anderer Gesellschafter in Höhe von 747.824 T€. Der Einzelabschlusses der Stadt Dortmund weist zum 31.12.2012 eine Bilanzsumme von 6.649.376 T€ sowie eine Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) von 26,0 % aus.

Die Verringerung der Aktiva resultiert im Wesentlichen aus der Verringerung des Anlagevermögens (- 99.171 T€), das mit 90,8 % dem größten Anteil der Bilanzsumme

entspricht. Dabei verringerten sich insbesondere die Sachanlagen (- 100.433 T€), was auf die Investitionsquote von 74,8 % zurückzuführen ist: Die Bruttoinvestitionen konnten nicht den durch Abschreibungen und Anlagenabgänge bedingten Substanzverlust kompensieren.

Das Finanzanlagevermögen erhöhte sich nur unwesentlich (+ 1.508 T€). Die Verringerung der Beteiligungen (-62.308 T€) infolge der Abschreibungen auf RWE-Aktien konnte vor allem durch gestiegene Ausleihungen (+ 36.975 T€) infolge eines Gesellschafterdarlehens der DEW21 an das Gemeinschaftskohlekraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG sowie durch Ausleihungen des Deponiesondervermögen an diverse Kreditinstitute ausgeglichen werden. Hinzu kommen höhere Wertpapiere des Anlagevermögens (+ 16.779 T€) sowie erhöhte Anteile an assoziierten Unternehmen (+ 10.831 T€).

Die Zunahme des Umlaufvermögens (+ 12.664 T€) ist auf den Anstieg der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände (+ 51.931 T€) bei gleichzeitiger Verringerung der liquiden Mittel (- 36.167 T€) zurückzuführen. Der Rückgang der liquiden Mittel ist in der Kapitalflussrechnung dargestellt.

Die Veränderungen der Passiva ergeben sich insbesondere aufgrund der verlustbedingten Abnahme des Eigenkapitals sowie der Auflösung von Sonderposten und der Inanspruchnahme der übrigen Rückstellungen. Dagegen erhöhten sich die Pensionsrückstellungen vor allem infolge der erforderlichen Zuführungen aufgrund von Tarifierhöhungen und Besoldungsanpassungen. Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen verminderten sich im Zusammenhang mit dem abnehmendem Sachanlagevermögen. Zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit war die weitere Aufnahme von Liquiditätskrediten insbesondere bei der Kernverwaltung und bei DSW21 erforderlich. Demzufolge erhöhte sich die Fremdkapitalquote auf 61,9 %.

3. Voraussichtliche Entwicklung mit Chancen und Risiken

Die Risiken des Konzerns Stadt Dortmund ergeben sich aus der Verwaltungstätigkeit der Kernverwaltung sowie aus den Geschäftstätigkeiten der Konzernorganisationen. Bei der Kernverwaltung und den Konzernorganisationen bestehen Risikomanagementsysteme, die die systematische Erfassung, Bewertung, Überwachung und Steuerung von Risiken gewährleistet. Durch das Risikomanagementsystem werden Vorstände, Aufsichtsräte und die Ratsmitglieder der Stadt Dortmund regelmäßig über die aktuelle Risikolage informiert.

Im Berichtszeitraum bestanden keine den Fortbestand des Konzerns Stadt Dortmund gefährdenden Risiken. Insgesamt bestehen im Wesentlichen folgende Risiken und Chancen:

Kernverwaltung

Die Konjunkturlage in der Region Dortmund kann als stabil bezeichnet werden: Die heimischen Unternehmen erwarten für 2013 insgesamt eine robuste Entwicklung mit leicht positivem Wachstum für den Wirtschaftsstandort Dortmund, wenn auch mit verlangsamten Tempo. Die Dortmunder Unternehmen und der daraus resultierende ausgeprägte Branchenmix leisten weiterhin einen großen Beitrag für die wirtschaftliche Dynamik der Stadt Dortmund und dem angrenzenden Umland.

Da sich die ökonomischen Rahmenbedingungen kurzfristig nicht signifikant verändern werden, wird die durchschnittliche Arbeitslosenquote in Dortmund verglichen mit dem Bundesdurchschnitt weiterhin zu hoch bleiben. Daran und an weiterhin problematischen Integrationschancen für die Zielgruppen des Arbeitsmarktes kann auch eine grundsätzlich positive Beschäftigungsentwicklung in der Stadt Dortmund wenig ändern.

Die Verschuldung der Kernverwaltung hat auch im abgelaufenen Jahr zugenommen. Zum 31.12.2012 bestanden Verbindlichkeiten aus Investitions- und Liquiditätskrediten in Höhe von 2.136.665 T€. Insbesondere der Anstieg der Liquiditätskredite um 95.098 T€ gibt Anlass zur Sorge. Die Auswirkungen der Staatsschuldenkrise sorgen derzeit zwar für günstige Refinanzierungskonditionen, jedoch birgt eine mögliche Erhöhung der Leitzinsen durch die Europäische Zentralbank ein signifikantes Risiko für die Stadt Dortmund: Eine Erhöhung um 1 % würde bezogen auf den Bestand an Liquiditätskrediten zum 31.12.2012 eine Steigerung des Zinsaufwandes um circa 13 Mio. € bedeuten. Als weitere Konsequenz aus der Staatsschuldenkrise ist das Angebot zur Liquiditätsbeschaffung deutlich geringer geworden.

Aufgrund immer weiterer Aufgabenübertragungen durch den Bund und das Land Nordrhein-Westfalen ist die Stadt Dortmund seit Jahren unter anderem in den Bereichen Grundsicherung und Kinderbetreuung strukturell unterfinanziert.

Darüber hinaus ist die wirtschaftliche Lage der Kernverwaltung stark von der konjunkturellen Entwicklung und den damit verbundenen Steuereinnahmen abhängig. Aufgrund der

weltwirtschaftlichen Entwicklung und der Situation im Euroraum sind die Perspektiven für die weitere wirtschaftliche Entwicklung von großer Unsicherheit geprägt.

Der Haushaltsplan für 2013 sieht einen Jahresfehlbetrag von –55.997 T€ vor. Die weitere Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage wurde am 12.03.2013 von der Aufsichtsbehörde genehmigt.

DSW21

Durch kontinuierliche Angebotsverbesserungen ist DSW21 bestrebt, weiterhin Mobilität auf hohem Niveau anzubieten und somit zusätzliche Fahrgäste zu gewinnen. Hierzu können auch der durch ein hohes Verkehrsaufkommen und durch gesetzliche Restriktionen an seine Grenzen stoßende Individualverkehr sowie die NRW-weite Einführung eines SozialTickets und steigende Studentenzahlen beitragen.

Durch die Betrauung von DSW21 mit der Erbringung von Verkehrsleistungen bis 2018 durch den Rat der Stadt Dortmund besteht generell Planungssicherheit für diesen Zeitraum. Das novellierte Personenbeförderungsgesetz trat am 1. Januar 2013 in Kraft und beinhaltet eine grundsätzliche Erlaubnis zur Direktvergabe an einen internen Betreiber durch die zuständige Behörde. Die Möglichkeit der Direktvergabe an DSW21 wird geprüft.

Die strukturellen Defizite des Verkehrsbereichs werden vor allem durch die Gewinne der Tochtergesellschaften aus dem Energiebereich ausgeglichen: Die von der KEB an DSW21 abgeführte Dividende der RWE AG betrug wie im Vorjahr 2,00 € / Aktie. Aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen für die deutsche Energiewirtschaft ist eine mögliche Absenkung der Dividende nicht auszuschließen.

Die Mittelfristplanung von DSW21 geht von positiven Jahresergebnissen bis 2017 aus.

DEW21, DEW21-Netz

Die Herausforderungen für Energieversorgungsunternehmen bleiben enorm hoch: Es ist den Beschlüssen zur Energiewende Rechnung zu tragen sowie einem durch eine zunehmende Zahl an Anbietern schärfer werdenden Wettbewerb auf dem Energiemarkt zu begegnen.

Die von DEW21 verfolgte Strategie zum Ausbau erneuerbarer Energien hat sich in 2012 weiterhin als richtig erwiesen. Bis 2020 wird jährlich eine Verbesserung des Energiemixes mit dem Ausbau der regenerativen Energien angestrebt. Langfristig soll auch die STEAG GmbH hierzu ihren Beitrag leisten, in dem das bestehende Geschäftsfeld erneuerbare Energien weiter ausgebaut wird.

Bei derzeitiger Marktprognose für die kommenden Jahre besteht ein Risiko aus der Kraftwerksbeteiligung Gemeinschaftskohlekraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG (GEKKO). Es ist davon auszugehen, dass mit Inbetriebnahme des Kraftwerkes die Stromproduktion deutlich teurer sein wird als die aktuell erzielbaren Absatzpreise. Ein weiteres Risiko besteht in der Beteiligung an der Kommunalen Gasspeichergesellschaft EPE mbH (EPE), da es zurzeit aufgrund der Marktpreise nicht möglich ist, für die Gasspeicherung auskömmliche Entgelte zu erwirtschaften.

DEW21 erwartet für die nächsten Jahre zufriedenstellende Ergebnisse. Den besonderen Risiken aus den Beteiligungen GEKKO und EPE wird mit entsprechenden Maßnahmen begegnet. Darüberhinaus werden durch Auflegung des sogenannten Exzellenzprogramms tragfähige Strukturen geschaffen. Aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages werden die Gewinne an DSW21 unter Berücksichtigung einer Garantiedividende an die RWE Deutschland AG abgeführt.

Bei **DEW21-Netz** könnten die Umsatzerlöse von einer wiederholten Absenkung der Erlösobergrenzen beeinflusst werden. Diese zunehmenden Regulierungsmaßnahmen der Bundesnetzagentur würden weitere das Ergebnis belastende Effekte auslösen, die aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages mit DEW21 ausgeglichen würden.

Flughafen

Für das Jahr 2013 erwartet der deutsche Flughafenverband ADV für den innerdeutschen und europäischen Verkehr nur ein geringfügiges Wachstum. Der Flughafen Dortmund schließt sich dieser Einschätzung an und rechnet ebenfalls nur mit einem geringen Anstieg der Passagierzahlen. Als Wachstumsfaktoren werden vor allem die ab Dortmund angeflogenen Ziele in Zentral- und Osteuropa angesehen. Die ab März 2013 ab Dortmund fliegenden Fluggesellschaften Ryanair und Vueling sollen mittelfristig den durch die Abwanderung von Air Berlin und den Teilrückzug von easyjet entstandenen Passagierrückgang kompensieren.

Aufgrund der Rahmenbedingungen wie eingeschränkter Betriebszeiten, einer kurzen Start- und Landebahn sowie einer nicht marktgerechten Verspätungsregelung bestehen grundsätzlich Wettbewerbsnachteile gegenüber den Konkurrenten.

Die weitere Entwicklung der Gesellschaft wird maßgeblich von den in 2007 und 2012 durch die EU-Kommission eingeleiteten Hauptprüfverfahren abhängen. Beide Verfahren betreffen die Vereinbarkeit der Entgeltordnungen mit dem europäischen Wettbewerbsrecht sowie die Finanzierung des Flughafens über einen Ergebnisabführungsvertrag mit DSW21. Eine Negativentscheidung der EU könnte eine Bestandsgefährdung der Gesellschaft zur Folge haben. Auch besteht angesichts der aktuellen Rechtsprechung ein erhöhtes Risiko einer zivilrechtlichen Klage. Um den Fortbestand der Gesellschaft dauerhaft zu sichern, hat der Vorstand der DSW21 beschlossen, einen Antrag auf Beendigung des Prüfverfahrens bei gleichzeitiger Gewährung einer EU-konformen Umstrukturierungshilfe unter Vorlage eines Konzeptes zur Änderung der Finanzierung zu stellen. Ein Abschluss der Verfahren ist nicht vor Ende 2013 zu erwarten.

Der Flughafen führt im hoheitlichen Auftrag des Landes NRW die Luftsicherheitskontrollen nach § 5 Luftsicherheitsgesetz durch. Aufgrund der Vorschriften des Vergaberechts hat die Bezirksregierung Münster den bestehenden Vertrag zum 31.12.2014 gekündigt. Sollte der Flughafen im Rahmen der Neuausschreibung nicht den Zuschlag erhalten, hätte dies operative Konsequenzen sowie Auswirkungen für circa 110 in diesem Bereich eingesetzte Mitarbeiter.

Der für 2013 erwartete Verlust von -20.900 T€ wird aufgrund bestehender vertraglicher Verpflichtung zur Verlustübernahme durch DSW21 ausgeglichen.

Hafen

Für das Jahr 2013 wird mit einem steigendem Transportaufkommen sowie einer höheren Transportleistung gerechnet. Der Hafen und seine Beteiligungen hoffen an dieser Entwicklung partizipieren zu können.

Finanzielle Belastungen für den Hafen können sich möglicherweise durch das Hafensicherheitsgesetz sowie aus möglichen Rückforderungsansprüchen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes aufgrund von Zuschussgewährungen für den vierten Bauabschnitt des Container-Terminals ergeben.

Für 2013 plant der Hafen einen Jahresüberschuss von 1.000 T€. Eine Beeinträchtigung des Ergebnisses aufgrund von Streiktätigkeiten der Schleusenwärter ist jedoch nicht auszuschließen.

DOGEWO21

DOGEWO21 sieht sich in Zukunft mit den Herausforderungen des demografischen Wandels konfrontiert: Eine zunehmende Zahl an Ein-Personen-Haushalten und eine älter werdende Gesellschaft erfordern einen entsprechenden Wohnungsbestand. DOGEWO21 wird weiterhin eine nachhaltige Bestands- und Quartiersentwicklung unter Berücksichtigung sozialer, städtebaulicher und ökologischer Aspekte mit dem Ausbau des Serviceangebotes verfolgen. In diesem Rahmen hat DOGEWO21 in 2012 einige sogenannter „Problemhäuser“ in der Dortmunder Nordstadt erworben, die durch Sanierungen in einen vermietungsfähigen Zustand gebracht werden müssen.

Für 2013 rechnet die DOGEWO21 mit einem Jahresüberschuss von 2.750 T€.

DOKOM21

Die Entwicklung der Gesellschaft wird weiterhin durch die erfolgreiche Positionierung von DOKOM21 im regionalen Telekommunikationsmarkt bestimmt werden. Insbesondere das Geschäft mit Kabel-TV und Rechenzentrumsdienstleistungen für Unternehmen bergen Potenzial zur langfristigen Kundenbindung und Wachstum. Risiken bestehen, wie schon in der Vergangenheit, vor allem in möglichen regulatorischen Änderungen, deren Kosten nicht am Markt umsetzbar wären.

Für 2013 geht die DOKOM21 von einem positiven Geschäftsverlauf aus.

EDG-Holding, EDG, DOGA, MVA-E

Die weitere wirtschaftliche Entwicklung des EDG-Konzerns ist maßgeblich von der Lage in der Entsorgungsbranche abhängig. Von zentraler Bedeutung für die Entsorgungsbranche ist die Entwicklung der Verbrennungskapazitäten und des damit zusammenhängenden Preisniveaus für Entsorgungsleistungen. Durch die konjunkturelle und demografische Entwicklung in Deutschland ist zu befürchten, dass in der Entsorgungswirtschaft durch abnehmende Abfallmengen Überkapazitäten entstehen, die zu einem deutlichen Preisrückgang führen könnten. Ebenfalls von Bedeutung für die weitere Entwicklung ist die

Änderung im Kreislaufwirtschaftsgesetz zu gewerblichen Sammlungen von nicht gefährlichen Abfällen zur Verwertung. Betroffen ist hier auch der EDG-Konzern, da insbesondere im Bereich der Alttextilien, aber auch bei weiteren Wertstoffen, weitere Sammler auf den Markt drängen.

Der EDG-Konzern begegnet diesen Risiken durch verstärkte Vertriebstätigkeit der Beteiligungsgesellschaften mit dem Ziel der Mengensicherung. Darüberhinaus werden die Dienstleistungsangebote des EDG-Konzerns laufend an die Markterfordernisse angepasst. So wird seit Anfang 2013 die haushaltsnahe Wertstoffeffassung im Rahmen von zwei Modellversuchen erprobt und verifiziert; eine sukzessive Ausweitung auf das gesamte Stadtgebiet ist geplant. Eine langfristige Bindung der Kunden aus der Wohnungswirtschaft wird in diesem Zusammenhang angestrebt. Gleichzeitig wird versucht überproportionalen Umsatzeinbußen vorzubeugen, in dem Abhängigkeiten von Großunternehmen weitestgehend reduziert und das Auftragspotenzial kleinerer und mittlerer Unternehmen erhöht werden.

Die Verbrennungskapazitäten in den Müllverbrennungsanlagen (Hagen, Hamm und Iserlohn) sind weitestgehend durch langfristige Kontingentverträge ausgelastet, so dass von stabilen Jahresergebnissen ausgegangen werden kann.

Für 2013 und 2014 erwartet die EDG Holding als Konzernmutter zufriedenstellende Jahresergebnisse. Langfristig ist aufgrund der schwierigen Marktlage jedoch von sinkenden Gewinnausschüttungen an die EDG Holding auszugehen.

Westfalehallen

Der Messemarkt ist wie bereits in den Vorjahren durch einen ausgesprochen harten Wettbewerb geprägt. Weitere Kapazitätsausweitungen, auch in der Region, verschärfen diese Situation.

Zur Erhöhung der Attraktivität und Effizienz plant der Unternehmensverbund für 2013 weitere Investitionen in die Gebäudeinfrastruktur. Zusätzliche positive Impulse werden durch neue Messe-, Veranstaltungs- und Kongresskonzepte vom Ende 2012 eigens geschaffenem Bereich Unternehmensentwicklung erwartet.

Der Unternehmensverbund rechnet für 2013 mit einem Gesamtumsatz auf Vorjahresniveau. Langfristig wird, unter Berücksichtigung der unternehmenstypischen Schwankungen aufgrund starker und schwacher Messejahren sowie der Annahme einer positiven

Konjunktorentwicklung, tendenziell mit Umsatzzuwächsen gerechnet und eine Ergebnisverbesserung angestrebt.

Klinikum

Es bestehen große Unsicherheiten über die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für den gesamten Gesundheitsbereich.

Den Risiken begegnet das Klinikum mit stetiger Optimierung und Flexibilisierung: So ermöglicht zum Beispiel der Neubau des neuen Operations- und Funktionszentrums eine verbesserte Organisation der zentralen Notfallaufnahme. Weiterhin soll eine Ausweitung der Dialyse-Kapazitäten und eine gesteigerte Auslastung der Intensivbetten erfolgen. Darüberhinaus soll mittelfristig eine eigene Abteilung für Geriatrie aufgebaut werden. Einfluss auf die wirtschaftliche Lage des Krankenhauses werden auch die von der Geschäftsführung initiierten Maßnahmen zur Begrenzung des Personalaufwandes haben. Sollte dies nicht möglich sein, müssen anderweitige Kompensationsmöglichkeiten geschaffen werden, da infolge der jahrelangen Verlustsituation zur Bestandssicherung mindestens ausgeglichene Jahresergebnisse in den Folgejahren zu erwirtschaften sind.

Aufgrund der Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation des Klinikums sind in 2013 Ausfallbürgschaften durch die Stadt Dortmund notwendig geworden.

Das Klinikum plant für 2013 einen Jahresüberschuss von 100 T€.

Seniorenheime

Für den Pflegemarkt wird auch zukünftig eine Entwicklung mit Steigerungsraten zwischen 5 % und 10 % vorausgesagt. Diese Wachstumszenarien gehen jedoch mit der Frage der Finanzierbarkeit und einem jährlich steigendem Kostendruck einher. Für den Dortmunder Pflegemarkt hingegen ist tendenziell ein Rückgang der Auslastung zu beobachten. Die Auslastungsquote der Seniorenheime liegt mit 99 % am oberen Ende der Belegungsskala. 2013 könnte diese durch notwendige Baumaßnahmen hingegen zurückgehen.

Weiterhin schlägt sich der strategische Ausbau aller Standorte zum „Kompetenzzentrum Pflege und Wohnen“ in sehr guten Bewertungen durch die Krankenkassen nieder und kann nachhaltig die Position im Wettbewerb stärken.

Die Gesellschaft erwartet für die Zukunft Kosteneinsparungen aus neuen Vertragsgestaltungen mit Energieversorgern sowie der 100%igen Tochter SHDO Service

GmbH: Diese kann vor allem durch Optimierung der Organisations- und Beschaffungsstruktur Reinigungsdienstleistungen kostengünstiger anbieten.

Für 2013 rechnet die Gesellschaft mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis.

Konzerthaus

Das Konzerthaus ist auch weiterhin auf öffentliche Mittel in Form von Zuschüssen der Stadt Dortmund angewiesen: Der Ausgleich des strukturellen Defizits durch die Stadt Dortmund wird auch künftig eine wesentliche Existenzgrundlage für das Konzerthaus sein.

Risiken für die künftige Entwicklung sind trotz der erfolgreichen Einwerbung von Sponsorengeldern und Zuschüssen im abgelaufenen Geschäftsjahr die knapperen Budgets bei öffentlichen und privaten Fördergebern. Weiterhin ist es dem Konzerthaus nur bedingt möglich, Kostensteigerungen über erhöhte Kartenpreise an die Kunden weiterzureichen. Darüberhinaus können langfristig anstehende Großreparaturen nicht aus dem laufenden Budget bestritten werden.

Das Konzerthaus plant für 2013 einen Jahresfehlbetrag von -4.700 T€.

SV Grund

Die Vermarktung von Baugrundstücken verläuft wie in den Vorjahren aufgrund stabiler Konjunkturentwicklung und dem historisch niedrigen Zinsniveau erfolversprechender. Die in den Vorjahren erkennbare Tendenz zur Ausweitung der Immobilien- und Gebäudebewirtschaftung wird weiter fortgeführt. So wird das Geschäftsjahr 2013 gekennzeichnet sein durch die gezielte Entwicklung und Potenzialerschließung des Bauflächen- bzw. Objektbestands, die restliche Fertigstellung des U-Turm-Areals (zum Beispiel Gastronomieprojekt), die Fertigstellung der Phoenix- sowie Reinoldus & Schiller-Sporthallen und die Sanierung weiterer Schulstandorte.

SV Grund plant für 2013 einen Jahresfehlbetrag von -3.213 T€.

SVTZ

Die weitere Entwicklung der Gesellschaft ist abhängig von der Entwicklung der bereits am Standort ansässigen Unternehmen, der Akquisitionsmöglichkeiten und –erfolge der TZ DO GmbH bzw. der WFDO sowie der weiteren Entwicklung des Standortes, so dass langfristig zumindest in Teilbereichen mit positiven Renditen für das SVTZ gerechnet wird. Hieraus können aus regionalwirtschaftlicher Sicht künftig positive Sekundäreffekte resultieren.

Die NRW.Bank hat bereits in den Vorjahren das SVTZ auf Rückforderung von Fördermitteln bei den Projekten „e-port dortmund“ und „B1st. Software-factory“ verklagt. Der Bundesgerichtshof hat einer Revisionsklage der NRW.Bank stattgegeben und in 2011 zur nochmaligen Beurteilung des Sachverhaltes an das Oberlandesgericht Düsseldorf (OLG) zurück verwiesen. Dieses verurteilte das SVTZ Ende 2012 zur Rückzahlung des geforderten Betrages zuzüglich aufgelaufener Zinsen.

Für bereits schlussgerechnete Projekte hat das SVTZ für die Investitionszuschüsse, die bisher noch nicht vollständig von der NRW.Bank ausgezahlt wurden, eine Klage beim Landgericht Düsseldorf eingereicht. Eine endgültige Entscheidung hierzu steht noch aus. Des weiteren besteht zwischen der NRW.Bank als Zuwendungsgeberin und dem SVTZ Uneinigkeit über die Behandlung von Projektklenkungskosten sowie über vergaberechtliche Sachverhalte. Diesen Risiken wurde durch die Bildung von Rückstellungen entsprechend Rechnung getragen.

Für 2013 plant das SVTZ ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis.

Theater

Der Bestand des Theaters ist mangels ausreichender anderer Erträge ausschließlich durch die Bereitstellung von Finanzmitteln durch die Stadt Dortmund gewährleistet. Mit den von der Stadt Dortmund und vom Land NRW gewährten Zuschüssen ist das Theater für die Spielzeit 2012 / 2013 ausreichend finanziert. Dies betrifft auch Investitionen in das Anlagevermögen wie die dringend benötigte Sanierung des Operndaches.

Das Theater plant für die Spielzeit 2012 / 2013 einen Jahresfehlbetrag von - 368 T€.

Kulturbetriebe

Die angespannte Kassenlage der öffentlichen Haushalte, insbesondere die der Stadt Dortmund, wirkt direkt auf die Entwicklung der Kulturbetriebe ein. Die Kulturbetriebe sind zur Aufrechterhaltung ihres Angebotes auf Zuschüsse angewiesen. Aus den in Teilbereichen geringer werdenden Zuschüssen der öffentlichen Hand und der notwendigen Bausubstanzerhaltung der Gebäude ergeben sich Finanzierungsrisiken, die jedoch keinerlei Bestandsgefährdung beinhalten.

Für 2013 planen die Kulturbetriebe ein ausgeglichenes Ergebnis.

FABIDO

Das 2008 in Kraft getretene Kinderförderungsgesetz (KiföG) forderte bis zum Jahr 2013 einen bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren: Ab dem 01.08.2013 hat ein Kind bereits ab dem vollendeten ersten Lebensjahr bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres Anspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder Kindertagespflege. Die Anzahl der benötigten Plätze konnte bis Anfang August 2013 in Dortmund nicht geschaffen werden.

Um die bundesweite durchschnittliche Versorgung von 35% der Kinder unter drei Jahren in Dortmund zu realisieren, muss weiterhin ein quantitativer und qualitativer Aus- und Umbau von Plätzen erfolgen. Für das Kindergartenjahr 2013 / 2014 sind weitere Steigerungen des Angebotes für Kinder unter drei Jahren und ein Zuwachs der Ganztagsplätze in den Tageseinrichtungen geplant. Weiterhin stehen Prozessoptimierungen sowie Effizienzsteigerungen im Vordergrund.

Für 2013 plant FABIDO ein ausgeglichenes Ergebnis.

WFDO

Die WFDO ist für ihre Tätigkeiten maßgeblich auf Zuschüsse öffentlicher Geldgeber, vor allem der Stadt Dortmund, angewiesen. Die Tätigkeiten richten sich weiterhin an den im Strategieprozess festgelegten Leitthemen für die Jahre 2008 bis 2018 aus und werden kontinuierlich weiterentwickelt, um den neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen auch in Zukunft begegnen zu können. Die Akquise von Fördermitteln für unterschiedlichste Projekte bleibt auch in Zukunft ein Kernelement der Tätigkeit der WFDO.

Wie sich in Zukunft die Förderlandschaften der EU, des Bundes und Landes entwickeln werden, ist nicht vorhersehbar.

Die WFDO plant für 2013 ein ausgeglichenes Ergebnis.

Friedhöfe

Die Zahl der Sterbe- und Beisetzungsfälle stagniert in Dortmund weiterhin auf niedrigem Niveau. Die Konkurrenzsituation insbesondere im Bereich der Kremationen und der Trend zu preisgünstigen Bestattungen haben wesentlichen Einfluss auf die wirtschaftliche Lage. Risiken ergeben sich aus notwendigen Sanierungen, die dem Substanzverlust entgegen wirken, aber nicht grundsätzlich auf Friedhofsgebühren umgelegt werden können. Um die wirtschaftliche Situation zu festigen, werden die Friedhöfe weiterhin fortlaufend das Bestattungsverhalten analysieren.

Die Friedhöfe planen für 2013 einen Jahresfehlbetrag von – 621 T€.

SFB

Um das Angebot an Freizeitgestaltung sowohl attraktiv, als auch einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, ist SFB vorrangig von städtischen Zuschüssen abhängig. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass von SFB weitere Optimierungen erwartet werden, um den Zuschussbedarf zu reduzieren.

Risiken für SFB können sich vor allem aus einem saison- und witterungsabhängigen Besucheraufkommen und aus Trendänderungen im Freizeitverhalten ergeben. Darüberhinaus ergeben sich finanzielle Risiken aus einem bestehenden Instandhaltungsstau sowie aus der Übernahme der Olympiastützpunkt Dortmund gGmbH und der daraus resultieren Verpflichtung zur Verlustabdeckung. Bestandsgefährdende Risiken sind aufgrund der städtischen Zuschüsse hieraus nicht abzuleiten.

Für 2013 plant SFB ein ausgeglichenes Ergebnis.

DSV

Die nicht exakt bestimmbar Kosten während des Nachsorgezeitraumes sowie Verschärfungen der rechtlichen Vorschriften durch nationale Gesetzesänderungen oder Vorgaben der Europäischen Union können sich kostenerhöhend auswirken. Mehr- oder

Minderaufwendungen aus dem Betrieb der Deponie bzw. während des Nachsorgezeitraums werden im Rahmen des Gebührenhaushaltes durch die Stadt Dortmund ausgeglichen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Gesamtlage des Konzerns sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

4. Betrauungen im Vollkonsolidierungskreis der Stadt Dortmund

Im Vollkonsolidierungskreis der Stadt Dortmund wurden bisher folgende Betrauungen vorgenommen:

- DSW21 im Bereich des ÖPNV (2005 ff.), Betrauung im Rahmen des VRR, abgestimmt mit der EU-Kommission,
- Klinikum (2009),
- Sport- und Freizeitbetriebe Dortmund (2011),
- Konzerthaus (2012).

Sofern eine Betrauung vorgenommen worden ist, wird im Wirtschaftsplan der Einrichtungen festgelegt für welche Dienstleistungen aus allgemeinem wirtschaftlichen Interesse und in welcher Höhe Ausgleichszahlungen durch die Stadt Dortmund erfolgen können. Somit erfolgt im Vorfeld eine Kontrolle zur Vermeidung einer Überkompensation im Sinne des Freistellungsbeschlusses. Nach dem Jahresabschluss erfolgt zudem durch eine Trennungsrechnung im Nachgang eine Kontrolle zur Vermeidung einer Überkompensation. In der Trennungsrechnung werden unter Beachtung der beihilfenrechtlichen Regelungen den tatsächlich geleisteten Ausgleichsleistungen der Stadt Dortmund die angefallenen Aufwendungen und Erträge aus den Dienstleistungen aus allgemeinem wirtschaftlichen Interesse gegenübergestellt.

5. Kennzahlen zur Gesamtlage

Kennzahlen zur haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation

			2012	2011
Aufwandsdeckungsgrad	=	$\frac{\text{ordentliche Gesamterträge}}{\text{ordentliche Gesamtaufwendungen}} \times 100$	96,50%	96,99%
Eigenkapitalquote I	=	$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$	24,10%	25,31%
Eigenkapitalquote II	=	$\frac{\text{Eigenkapital} + \text{SoPo Zuwendungen u. Beiträge}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$	36,44%	38,02%
Fehlbetragsquote	=	$\frac{\text{Gesamtjahresergebnis des Konzerngesellschafters}}{\text{Allgemeine Rücklage} + \text{Ausgleichsrücklage}} \times 100$	4,83%	5,26%

Der **Aufwandsdeckungsgrad** zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Gesamtaufwendungen durch ordentliche Gesamterträge gedeckt werden können.

Die **Eigenkapitalquoten** spiegeln den Anteil des Eigenkapitals (Eigenkapitalquote I) bzw. des wirtschaftlichen Eigenkapitals (Eigenkapitalquote II) wider.

Die **Fehlbetragsquote** gibt Auskunft über den durch das Gesamtergebnis des Konzerngesellschafters in Anspruch genommenen Eigenkapitalanteil.

Kennzahlen zur Ertragslage

			2012	2011
Personalintensität	=	$\frac{\text{Personalaufwendungen}}{\text{ordentliche Gesamtaufwendungen}} \times 100$	26,74%	27,27%
Sach- und Dienstleistungsintensität	=	$\frac{\text{Aufwendungen Sach- u. Dienstleistungen}}{\text{ordentliche Gesamtaufwendungen}} \times 100$	34,42%	32,49%

Die **Personalintensität** gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Gesamtaufwendungen ausmachen.

Die **Sach- und Dienstleistungsintensität** lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich der Konzern für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

Kennzahlen zur Vermögens- und Schuldenlage

			2012	2011
Infrastrukturquote	=	$\frac{\text{Infrastrukturvermögen}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$	27,54%	27,89%
Abschreibungsintensität	=	$\frac{\text{Bilanzielle AfA auf Anlagevermögen}}{\text{ordentliche Gesamtaufwendungen}} \times 100$	9,79%	8,63%
Drittfinanzierungsquote	=	$\frac{\text{Erträge aus Auflösung SoPo}}{\text{Bilanzielle AfA auf Anlagevermögen}} \times 100$	27,84%	35,39%
Investitionsquote	=	$\frac{\text{Bruttoinvestitionen}}{\text{Abgänge des AV + bilanzielle AfA auf AV}} \times 100$	74,84%	102,21%
Fremdkapitalquote	=	$\frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$	61,91%	60,33%

Die **Infrastrukturquote** stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen her.

Die **Abschreibungsintensität** zeigt an, in welchem Umfang der städtische Konzern durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.

Die **Drittfinanzierungsquote** gibt an, inwieweit die Erträge aus der Sonderpostenauflösung die Belastung durch Abschreibungen abmildern.

Die **Investitionsquote** gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüberstehen.

Die **Fremdkapitalquote** ist der prozentuale Anteil des Fremdkapitals an der Bilanzsumme. Sie ist ein Maß für die finanzielle Solidität.

Kennzahlen zur Finanzlage

Anlagendeckungsgrad II	= $\frac{\text{EK + SoPo Zuwendungen u. Beiträge + langfr. FK}}{\text{Anlagevermögen}} \times 100$	73,14%	71,10%
Liquidität II. Grades	= $\frac{\text{Liquide Mittel + Forderungen u. sonstige VG}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}} \times 100$	38,44%	35,60%
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	= $\frac{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$	15,07%	15,76%
Zinslastquote	= $\frac{\text{Finanzaufwendungen}}{\text{ordentliche Gesamtaufwendungen}} \times 100$	3,55%	3,90%
Dynamischer Verschuldungsgrad	= $\frac{\text{Effektivverschuldung}}{\text{Saldo aus lfd. Geschäftstätigkeit (KFR)}} \times 100$	40,9 Jahre	33,0 Jahre

Der **Anlagendeckungsgrad II** gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind.

Die **Liquidität II. Grades** gibt stichtagsbezogen an, inwieweit die vorhandenen liquiden Mittel und kurzfristigen Forderungen die kurzfristigen Verbindlichkeiten decken.

Die **kurzfristige Verbindlichkeitsquote** gibt an, inwieweit die Gesamtbilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird.

Die **Zinslastquote** zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den (ordentlichen) Gesamtaufwendungen aus laufender Geschäftstätigkeit besteht.

Der **Dynamische Verschuldungsgrad** gibt an, in wie vielen Jahren es unter gleichen Bedingungen theoretisch möglich wäre, die Effektivverschuldung (ohne Neuverschuldung) vollständig zu tilgen.

6. Mitgliedschaften des Verwaltungsvorstandes und der Ratsmitglieder

Auf eine Darstellung der Mitgliedschaften des Verwaltungsvorstandes und der Ratsmitglieder wird zur Vermeidung von Doppelungen verzichtet. Es wird auf den Jahresabschluss 2012 der Stadt Dortmund verwiesen.